

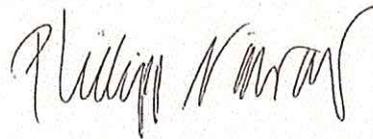
Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/6639**

nachrichtlich:  
Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

Gesehen und weitergeleitet  
Kiel, 29.09.2016



über das:  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

23. September 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2015  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Losse-Müller

# **Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2015**

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

- Staatskanzlei -

Zentrales Personalmanagement

Stand: 12.09.2016

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| 1. Einleitung.....  | 3  |
| 2. Verfahrensvorgaben des Stellenabbaus .....   | 4  |
| 3. Anpassungen/Änderungen in 2015 und deren Auswirkung auf den Stellenabbau ....  | 4  |
| a. Änderung der Geschäftsverteilung.....  | 4  |
| b. Schaffung von 728 Lehrerstellen - davon 428 Stellen bis 2015 - mittels<br>Finanzierung durch frei gewordene Landesmittel .....       | 5  |
| c. 185 neue Stellen für schulische Assistenz.....   | 6  |
| d. 240 neue Stellen für Lehrkräfte zum Schuljahresbeginn 2015/2016 aufgrund<br>der hohen Zahl von Flüchtlingen.....                     | 6  |
| e. Rücknahme des Stellenabbaupfades im Bereich der Polizei.....   | 6  |
| f. Gründung des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) im<br>Geschäftsbereich der Staatskanzlei.....                                   | 7  |
| 4. Entwicklung des Stellenabbaus in Staatskanzlei und Ressorts.....   | 7  |
| a. Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2015 .....   | 7  |
| b. Stellenabbaupfad und Berücksichtigung der zusätzlichen 428 Lehrerstellen<br>(von insgesamt 728 Lehrerstellen von 2014 bis 2017)..... | 7  |
| c. Tatsächlich vollzogener Stellenabbau bis 2015 .....  | 9  |
| d. Mittels Stellenabbau erreichte Budgeteinsparungen.....   | 11 |
| e. Stellenabbaupfade in den Landesbetrieben.....  | 11 |
| 5. Entwicklung von Personalkosten und Personalbestand in Staatskanzlei und<br>Ressorts .....  | 12 |
| 6. Organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts zur<br>Unterstützung des Stellen- und Personalabbaus .....                 | 16 |
| a. Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung .....  | 16 |
| b. Rahmenvertrag Organisationsuntersuchungen.....   | 16 |
| c. Gründung des Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) .....  | 17 |
| d. Maßnahmen der Ressorts.....  | 17 |
| 7. Nachwuchskräftegewinnung im Kontext des demographischen Wandels.....   | 17 |
| 8. Altersstruktur in der unmittelbare Landesverwaltung zum Stichtag 31.12.2015<br>(ohne LKN-SH und LBV-SH).....                         | 18 |

|   |    |
|---|----|
| 9. Sachstand und Ausblick: Notwendige Anpassungen der Stellen- und Personalsituation, insbesondere aufgrund des hohen Flüchtlingszustroms ..... | 24 |
| a. Aufbau neuer Stellen .....   | 24 |
| b. Auswirkungen auf das Budget und geplante Gegenfinanzierung.....  | 25 |
| 10. Fazit .....   | 25 |

## 1. Einleitung

Der Finanzausschuss hat mit Bericht vom 03.12.2013 - Drucksache 18/1355 (neu) - darum gebeten, dass die Landesregierung ihm jährlich im ersten Quartal nach Abschluss des Haushaltsjahres über den Stand des Stellenabbaupfades berichtet. Der Finanzausschuss erwartet, dass der Bericht unter anderem folgende Angaben je Ressort und Haushaltsjahr umfasst:

- Wie viele Planstellen und Stellen waren veranschlagt?
- Wie hoch war die Zahl der Vollzeitäquivalente zum Stichtag 31.12.?
- Wie viele Planstellen und Stellen waren nach dem Personalabbaupfad einzusparen?
- Wie viele Planstellen und Stellen wurden tatsächlich eingespart?
- Wie viele Vollzeitäquivalente wurden eingespart?
- Wie hoch waren die Personalausgaben - auf Jahresbasis - für die eingesparten Vollzeitäquivalente?
- Wie hoch war das Personalausgabebudget?

Mit dem „Stellen- und Personalabbaubericht 2013 und der Vorjahre“ vom 26.05.2014 (Umdruck 18/2761) wurde dem Finanzausschuss erstmals Bericht erstattet. Grundlagen und Historie des beschlossenen Stellenabbaus wurden darin ausführlich beschrieben. Die bis Ende des Jahres 2013 erreichten Meilensteine wurden mittels vorhandenen Datenmaterials dargelegt, wobei umfänglichere solide Daten für die Zukunft als Ziel benannt wurden.

Im Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014 wurden erstmals Aussagen zur Entwicklung der Vollzeitäquivalente gemacht. Zudem wurden organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts aufgezeigt, welche der Optimierung des Ressourceneinsatzes dienen, um mit dem bis 2020 verringerten Stellen- bzw. Personalbestand die Fachaufgaben gesichert wahrnehmen zu können.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Umsetzung des Stellenabbaupfades bis einschließlich Dezember 2015. Er stellt eine Fortschreibung des Vorjahresberichtes dar. Ergänzend zu den letzten Berichten sind die neu geschaffenen Stellen<sup>1</sup> seit dem 31.12.2010 bis einschließlich Planungsstand für das Jahr 2017 sowie die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen dargestellt.

---

<sup>1</sup> Unter den Begriff „Stellen“ fallen im vorliegenden Bericht sowohl Planstellen als auch Stellen.

## **2. Verfahrensvorgaben des Stellenabbaus**

Mit Einrichtung des Zentralen Personalmanagements (ZPM) in der Staatskanzlei wurde zugleich festgelegt, dass die Einhaltung des Stellenabbaupfades über die Streichung von Stellen und die Kürzung des Budgets (durch das FM) gesteuert wird. Dies ist eine adäquate und effiziente Methode, um den Stellenabbau entsprechend den Vorgaben umzusetzen und gleichzeitig auf eine Verringerung des Personalbestandes hinzuwirken. Die konkrete operative Umsetzung des Personalabbaus, welcher im engen Zusammenhang mit der Einleitung entsprechender organisatorischer Maßnahmen steht, obliegt den Ressorts im Rahmen der ihnen zugewiesenen Organisations- und Personalhoheit und ist spezielle Ausprägung des im Rahmen der Aufstellung des Landeshaushaltes praktizierten top down-Verfahrens.

Die Ressorts sind gehalten, grundsätzlich keine neuen Stellen anzumelden. Die Möglichkeiten, die sich aus den Stellenplänen/-übersichten ergeben, dürfen nur genutzt werden, soweit dies aufgrund der Budgetrestriktionen möglich ist. Personalmaßnahmen, welche die Einhaltung der Vorgaben für das Budget I<sup>2</sup> und / oder den Stellenabbau gefährden bzw. verhindern, sind zu unterlassen. Im Fall unabweisbar zusätzlich zu schaffender Stellen, die nicht gleichzeitig durch den Wegfall vorhandener Stellen kompensiert werden können, wird zugleich ein kw-Vermerk ausgebracht, welcher den Wegfall der Stelle in der Regel innerhalb von drei Jahren - spätestens bis 2020 - sicherstellt.

Um die finanziellen Auswirkungen des Stellenabbaus u.a. gegenüber dem Stabilitätsrat nachweisen und dokumentieren zu können, übermitteln die Ressorts dem Finanzministerium jährlich Angaben über die Ist- und Planzahlen zum Budget I und die darin enthaltenen Personalausgaben für den jeweiligen Einzelplan.

## **3. Anpassungen/Änderungen in 2015 und deren Auswirkung auf den Stellenabbau**

### **a. Änderung der Geschäftsverteilung**

Im September 2014 hat das Kabinett eine Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung beschlossen. Die neue Geschäftsverteilung trat zum 01.11.2014 in Kraft und wurde haushaltstechnisch zum 01.01.2015 nachvollzogen. Der Aufgabenzuschnitt in der Staatskanzlei und in den Ressorts hat sich dadurch zum Teil verändert.

---

<sup>2</sup> Ausgaben der Hauptgruppe 4 und der Obergruppen 51-54

Zu einer Verschiebung der Stellenabbauverpflichtung ist es in diesem Zusammenhang nur bei Überführung der folgenden beiden Bereiche auf das aufnehmende Ressort gekommen:

- Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
  - Übergang von 25 Stellen aus dem Einzelplan 03 (Staatskanzlei) in den Einzelplan 04 (MIB)
  - verbunden mit einer anteiligen Übertragung der Stellenabbauverpflichtung in Höhe von drei Stellen (zwei in 2015 und eine in 2017),
- Wissenschaft ohne Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Kooperation im Bereich Meeresforschung sowie Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR)
  - Übergang von 48 Stellen aus dem Einzelplan 07 (MSB) in den Einzelplan 10 (MSGWG)
  - verbunden mit einer anteiligen Übertragung der Stellenabbauverpflichtung in Höhe von drei Stellen (je eine Stelle in den Jahren 2017, 2018 und 2019).

Der Stellenabbaupfad wird dadurch in seiner Gesamtsumme und in den einzelnen Jahresscheiben nicht tangiert.

**b. Schaffung von 728 Lehrerstellen - davon 428 Stellen bis 2015 - mittels Finanzierung durch frei gewordene Landesmittel**

Wie im Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014 bereits ausführlich erläutert, hat die Landesregierung neben der Umsetzung des beschlossenen Stellenabbaus mit dem Jahr 2014 begonnen, bis einschließlich zum Jahr 2017 insgesamt 728 Stellen für Lehrkräfte zu schaffen.

Von den insgesamt 728 neuen Lehrerstellen wurden 228 Lehrerstellen im Jahr 2014 und 200 Lehrerstellen im Jahr 2015 bereitgestellt.

Die Finanzierung der zusätzlichen Stellen erfolgt aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden.

Der Stellenabbaupfad wird in der Nettobetrachtung um die 728 Stellen abgemildert. Dies wird aufgrund der frei gewordenen Mittel - durch die Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund - finanziell kompensiert. Das Erreichen der gemäß der Vereinbarung zum Sanierungsprogramm avisierten strukturellen Einsparsumme von 215 Mio. € wird nicht beeinträchtigt.

**c. 185 neue Stellen für schulische Assistenz**

Im Haushaltsvollzug 2015 wurden 185 neue Stellen für schulische Assistenz eingerichtet und im Haushalt 2016 berücksichtigt. Die Finanzierung dieser Stellen erfolgt aus Mitteln, die bereits für schulische Assistenz in der Finanzplanung enthalten waren. Der Stellenabbaupfad bleibt von dieser Maßnahme unberührt.

**d. 240 neue Stellen für Lehrkräfte zum Schuljahresbeginn 2015/2016 aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen**

Aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern rechnet das Land mit zusätzlichen Schülerinnen und Schülern. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wurden zunächst über einen Nachtragshaushalt 240 Stellen für Lehrkräfte zum Schuljahresbeginn 2015/2016 geschaffen. In den nachfolgenden Jahren werden weitere Lehrerstellen hinzukommen, über deren Verbleib entschieden wird, wenn die Entwicklung der Flüchtlingssituation besser eingeschätzt werden kann.

**e. Rücknahme des Stellenabbaupfades im Bereich der Polizei**

Für den Zeitraum ab dem Jahr 2017 wird das Stellenabbauprogramm für den Bereich der Polizei angepasst. Der im Bereich der Polizei vorgesehene Stellenabbau von jeweils 56 Stellen in den Jahren 2017 - 2020, insgesamt 224 Stellen, wird nicht umgesetzt. Das Stelleneinsparziel aus dem Abbauprogramm reduziert sich dementsprechend von 5.345 auf 5.121 Stellen<sup>3</sup> bis zum Jahr 2020. Die Nichtumsetzung des Stellenabbaupfades im Bereich der Polizei erfordert gegenüber der bisherigen Planung einen Betrag von 2 Mio. Euro p.a. in den Jahren 2018 bis 2020, insgesamt 6 Mio. Euro bis einschließlich 2020.

Mit dem Stellenabbauprogramm war das Ziel verbunden, einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 215 Mio. Euro zu realisieren. Die Hochrechnung der finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Stellenabbauprogramms hätte zu einem tatsächlichen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 222 Mio. Euro geführt. Unter Berücksichtigung der Nichtumsetzung des Stellenabbaus im Bereich der Polizei wird ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt 216 Mio. Euro realisiert. Die ursprüngliche Zielsetzung wird damit erreicht.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Zusätzlich zum ursprünglich vereinbarten Stellenabbaupfad wurden in 2015 im Einzelplan 10 (MSGWG) 6 Stellen abgebaut, sodass bis 2020 insgesamt 5.127 Stellen (=5.121 + 6) abgebaut sein werden.

<sup>4</sup> Vgl. Bericht des Landes Schleswig-Holstein an den Stabilitätsrat gemäß § 3 Absatz 1 der Vereinbarung zum Sanierungsprogramm nach § 5 Stabilitätsratsgesetz (StabiRatG) vom 26. April 2016, S. 9f.

**f. Gründung des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) im Geschäftsbereich der Staatskanzlei**

Die Landesregierung hat am 10.11.2015 beschlossen, das Finanzverwaltungsamt in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten zu überführen. Seit dem 01.01.2016 nimmt es seine Aufgaben als Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) im Geschäftsbereich der Staatskanzlei wahr. Die Landesregierung zentralisiert auf diese Weise unterstützende Querschnittsaufgaben innerhalb der Landesverwaltung. Die Auswirkungen dieser Maßnahme werden Gegenstand des Berichts 2016 sein.

**4. Entwicklung des Stellenabbaus in Staatskanzlei und Ressorts**

**a. Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2015<sup>5</sup>**

Der Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2015<sup>5</sup> entsprechend dem Haushaltsbeschluss vom Dezember 2014 ist als Anlage 1 beigefügt. Lässt man die Einzelpläne des Landtages und Landesrechnungshofes unberücksichtigt, weisen die Einzelpläne 03 bis 13 (ohne Wirtschaftsbetriebe und ohne Leerstellen) für das Jahr 2015 insgesamt 48.013 Stellen aus. Das sind 114 Stellen weniger als im Jahr 2014, in dem die Einzelpläne 03 bis 13 (ohne Wirtschaftsbetriebe und ohne Leerstellen) noch 48.127 Stellen auswiesen.

**b. Stellenabbaupfad und Berücksichtigung der zusätzlichen 428 Lehrerstellen (von insgesamt 728 Lehrerstellen von 2014 bis 2017)**

Nachfolgend werden hinsichtlich des Stellenabbaupfades sowohl eine Bruttobetrachtung als auch eine Nettobetrachtung angestellt. Bei der Bruttobetrachtung wird der Stellenabbaupfad ohne die unter 3.b erläuterten zusätzlichen 428 Lehrerstellen abgebildet. Diese Darstellung ist zugleich Grundlage für den Budgetabzug.

---

<sup>5</sup> Quelle: Einzelplan 00, Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2015, Allgemeine Bemerkungen, S. 72

### Stellenabbaupfad der Jahre 2011 bis 2015 (Bruttobetachtung)

| Einzelpläne   | Gesamtergebnis 2011 - 2015 | 2011 - 2013 | 2014        | 2015        |
|---|----------------------------|-------------|-------------|-------------|
| 03 StK  | -20                        | -16         | -3          | -1          |
| 04 MIB  | -109                       | -73         | -3          | -33         |
| 05 FM   | -242                       | -147        | -52         | -43         |
| 06 MWAVT  | -39                        | -28         | -6          | -5          |
| 07 MSB  | -55                        | -31         | -10         | -14         |
| MSB Lehrer - <u>Alter Sachstand</u><br>Beschluss vom 25.06.2013 | -1243                      | -513        | -365        | -365        |
| MSB Referendare   | -275                       |             | -100        | -175        |
| 09 MJKE   | -147                       | -87         | -32         | -28         |
| 10 MSGWG  | -63                        | -26         | -16         | -21         |
| 13 MELUR  | -88                        | -41         | -26         | -21         |
| <b>Gesamtergebnis</b>   | <b>-2281</b>               | <b>-962</b> | <b>-613</b> | <b>-706</b> |

Bei der Nettobetachtung wird unter Berücksichtigung der 428 neuen Lehrerstellen in den Jahren 2014 und 2015 der Stellenabbau im Schulbereich - sowie im Gesamtergebnis - entsprechend abgemildert<sup>6</sup>:

### Stellenabbaupfad MSB (Lehrkräfte) von 2011 bis 2015 (Nettobetachtung)

| Neue Stellen im MSB - Lehrkräfte             | Gesamtergebnis 2011 - 2015 | 2011 - 2013 | 2014 | 2015 |
|--|----------------------------|-------------|------|------|
| MSB Lehrer<br>geplante Stelleneinsparung     | -1243                      | -513        | -365 | -365 |
| MSB Lehrer<br>zusätzliche Stellen Lehrkräfte | 428                        |             | 228  | 200  |
| MSB Lehrer - Nettobetachtung                 | -815                       | -513        | -137 | -165 |

<sup>6</sup> Es gibt weitere aktuelle Entwicklungen hinsichtlich der Schaffung neuer Stellen, welche jedoch nicht den Berichtszeitraum 2015 betreffen und deshalb in den künftigen jährlichen Berichten thematisiert werden.

### c. Tatsächlich vollzogener Stellenabbau bis 2015

Der Stellenabbau ist bis zum 31.12.2015 gemäß Vorgabe erfolgt. Kleine Abweichungen resultieren aus der Anrechnung bereits erwirtschafteter Stellen-Guthaben in den Vorjahren.<sup>7</sup> Der Budgetabzug richtet sich nach der Spalte „Vorgabe“ und nicht nach der erbrachten Stelleneinsparung.

#### Abgleich: Stellenabbauvorgabe / erbrachter Stellenabbau (Bruttobetachtung)

| Einzelplan   | Stellen-<br>abbau<br>pfad<br>bis 2020 | 2011       |            | 2012       |            | 2013      |           | 2014       |            | 2015       |            | 2011 - 2015  |              |
|--|---------------------------------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-----------|------------|------------|------------|------------|--------------|--------------|
|  |                                       | Vorgabe    | erbracht   | Vorgabe    | erbracht   | Vorgabe   | erbracht  | Vorgabe    | erbracht   | Vorgabe    | erbracht   | Vorgabe      | erbracht     |
| Epl. 03 - StK  | 41                                    | 3          | 3          | 10         | 10         | 3         | 3         | 3          | 3          | 1          | 1          | 20           | 20           |
| Epl. 04 - MIB (Polizei: Abbau von 224 Stellen gestrichen!) | 305                                   | 22         | 24         | 21         | 21         | 30        | 31        | 3          | 1          | 33         | 32         | 109          | 109          |
| Epl. 05 - FM   | 380                                   | 49         | 44         | 49         | 44         | 49        | 44        | 52         | 52         | 43         | 43         | 242          | 227          |
| Epl. 06 - MWAVT o. Landesbetrieb                           | 73                                    | 19         | 19         | 7          | 8          | 2         | 5         | 6          | 6          | 5          | 5          | 39           | 43           |
| Epl. 07 - MSB ohne Lehrer                                  | 77                                    | 12         | 13         | 11         | 15         | 8         | 15        | 10         | 8          | 14         | 6          | 55           | 57           |
| Epl. 07 - Lehrer und LiV<br>"Bruttobetachtung"             | 3.716                                 | 300        | 300        | 300        | 300        | -87       | -87       | 465        | 465        | 540        | 540        | 1.518        | 1.518        |
| Epl. 09 - MIKE   | 247                                   | 20         | 20         | 38         | 38         | 29        | 29        | 32         | 32         | 28         | 28         | 147          | 147          |
| Epl. 10 - MSGWG  | 102                                   | 12         | 43         | 12         | 1          | 2         | 12        | 16         | 16         | 21         | 11         | 63           | 83           |
| Epl. 13 - MELUR ohne Landesbetriebe                        | 186                                   | 10         | 31         | 13         | 12         | 18        | 12        | 26         | 26         | 21         | 18         | 88           | 99           |
| <b>Summe<br/>"Bruttobetachtung"</b>                        | <b>5.127</b>                          | <b>447</b> | <b>497</b> | <b>461</b> | <b>449</b> | <b>54</b> | <b>64</b> | <b>613</b> | <b>609</b> | <b>706</b> | <b>684</b> | <b>2.281</b> | <b>2.303</b> |
| Stellen-Guthaben bis Ende 2015                             |                                       |            |            |            |            |           |           |            |            |            |            |              | 22           |

Wie unter Abschnitt 3.e erläutert, reduziert sich der Stellenabbau Pfad bis zum Jahr 2020 durch den wegfallenden Abbau von 224 Stellen im Polizeibereich von insgesamt 5.345 auf 5.121 abzubauenen Stellen.

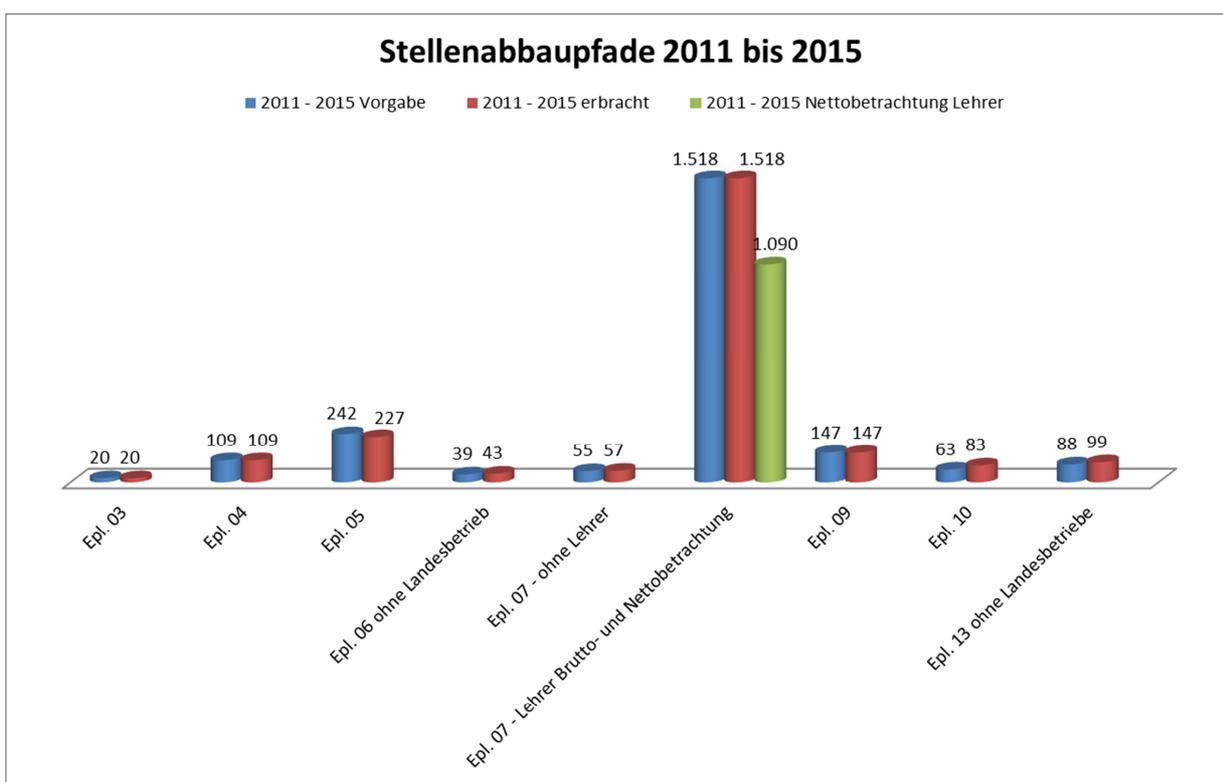
Das MSGWG wird zusätzlich zum vereinbarten Stellenabbau Pfad im Jahr 2015 weitere 6 Stellen abbauen. Diese Stelleneinsparungen gehen nicht mit einem zusätzlichen Budgetabzug einher. Die Gesamteinsparung des MSGWG erhöht sich damit von 96 auf 102 Stellen bis 2020. Der gesamte Stellenabbau erhöht sich dadurch von 5.121 (Stellenabbau Pfad) auf 5.127 Stellen.

MIB, MSB, MSGWG und MELUR haben sich insgesamt 22 Stellen aus in den Vorjahren erwirtschafteten Stellen-Guthaben beim Stellenabbau in 2015 anrechnen lassen. Das Stellen-Guthaben hat sich entsprechend von 44 Stellen (Ende 2014) auf insgesamt 22 Stellen (Ende 2015) verringert. Damit wurden bis 2015 insgesamt 2.303 Stelleneinsparungen (Vorgabe: 2.281 Stellen) erbracht.

<sup>7</sup> Tatsächlich wurde im Einzelplan 05 für den angegebenen Zeitraum die Vorgabe von 199 Stelleneinsparungen eingehalten, da eine Konkretisierung der zusätzlichen Einsparverpflichtung von 15 Stellen erst in 2013 unter Verteilung auf die Haushaltsjahre 2018 bis 2020 erfolgte.

Bei einer Nettobetrachtung wurden im Lehrerbereich (ohne Referendare) im Jahr 2014 statt 365 Stellen nur 137 Stellen und im Jahr 2015 statt 365 nur 165 Stellen abgebaut, da - wie zuvor unter Abschnitt b ausgeführt - 228 neue Lehrerstellen zum 01.08.2014 und 200 neue Lehrerstellen zum 01.08.2015 zur Verfügung gestellt wurden. Damit wurden zwischen 2011 und 2015 im Lehrerbereich (ohne Referendare) nicht 1.243, sondern 815 Stellen netto abgebaut. Der mit dem Stellenabbaupfad einhergehende Budgetabzug wurde hierdurch nicht beeinflusst.

Grafisch dargestellt ergibt sich hinsichtlich des Stellenabbaus von 2011 bis 2015 folgendes Bild:



Wie aus der Darstellung des Stellenabbaus ersichtlich, haben einzelne Ressorts (MWAVT, MSB - ohne Lehrerbereich, MSGWG und MELUR) beim Stellenabbau ein Guthaben erwirtschaftet. Das Finanzministerium hat aufgrund fehlender Konkretisierung von 15 Stellen ein entsprechendes Fehls<sup>8</sup> aufgebaut. Sowohl Guthaben als auch Fehl werden in den Folgejahren aufgrund konkreter Vereinbarungen mit den Vorgaben der jeweiligen Ressorts in Einklang gebracht. Hierzu wird der jährliche Stellenabbau angepasst. Dies führt dazu, dass die beschlossenen Jahresscheiben und die tatsächlich im Haushalt ausgewiesenen Stellenveränderungen - in geringem Maße - voneinander abweichen können.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Ausführung in vorstehender Fußnote.

#### d. Mittels Stellenabbau erreichte Budgeteinsparungen

|                  |                                   | 2012             | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|-----------------------------------|------------------|------|------|------|
|                  |                                   | - in Mio. Euro - |      |      |      |
| Stellenabbaupfad | mit Sanierungsprogramm angestrebt | 40,8             | 47,0 | 66,8 | 93,7 |
|                  | erreicht                          | 35,0             | 41,3 | 61,0 | 86,4 |

Infolge des Stellenabbaus ergibt sich für den Zeitraum 2011 – 2015 ein akkumuliertes angestrebtes Einsparvolumen in Höhe von rund 93,7 Mio. Euro. Die Differenz zwischen dem angestrebten und dem erreichten Einsparbetrag in Höhe von 86,4 Mio. Euro hängt mit den Einsparungen im Bereich der Lehrkräfte zusammen. Im ersten Jahr fielen die entsprechenden Stellen erst am 31. Juli weg, Budgeteinsparungen entstanden dementsprechend auch nur jahresanteilig (für 5 Monate); Die weiteren 7 Monate sind im Einsparbetrag des Folgejahres enthalten.

Die volle Jahreswirkung der Stelleneinsparungen im Bereich der Lehrkräfte bis 2020 und damit das Einsparziel des Stellenabbaupfades insgesamt werden 2021 erreicht (volle budgetmäßige Auswirkung der am 31. Juli 2020 wegfallenden Stellen in 2021).

#### e. Stellenabbaupfade in den Landesbetrieben

Zu dem mit dem Stabilitätsrat verabredeten Stellenabbau wurden zusätzlich Stellenabbaupfade für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN-SH) und den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH) vereinbart.

|                           | 2011 - 2013 | 2014 | 2015 | 2011 - 2015 |
|---------------------------|-------------|------|------|-------------|
| Pfad Landesbetrieb LKN    | -9          | -8   | -9   | -26         |
| Pfad Landesbetrieb LBV SH | -32         | -5   | -14  | -51         |

Beim LKN-SH wurden bis 2015 insgesamt 26 Stellen abgebaut. Dies entspricht der vereinbarten Vorgabe.

Beim LBV-SH wurden bis 2015 insgesamt 51 Stellen abgebaut, sodass auch hier die Vorgabe eingehalten wurde.

## **5. Entwicklung von Personalkosten und Personalbestand in Staatskanzlei und Ressorts**

Als Anhaltspunkt über die Entwicklung der Personalausgaben ist dem Bericht eine Aufstellung der Personalausgabebudgets für die Jahre 2010 bis 2015 als Anlage 2 beigefügt. In dieser Übersicht sind u.a. auch die Personalausgaben für befristet bereitgestellte Planstellen und Stellen sowie von anderer Seite finanzierte Stellen enthalten.

Der Stellenabbau und die damit verbundene Kürzung des Budgets führen zu einem jährlich abgemilderten Anstieg der Personalkostenbudgets.

Ergänzend hierzu gibt die Anlage 3 mit der „Entwicklung des Budgets“ gem. Finanzplan Schleswig-Holstein 2015-2019 einen Überblick über die prognostizierte Entwicklung des Budgets I bis zum Jahr 2025. Hierin sind – neben den reinen Personalausgaben - ergänzend u.a. auch die Ausgaben für Versorgung und Beihilfe sowie sächliche Verwaltungsausgaben enthalten.

Die quantitative Entwicklung des Personalbestandes lässt sich aus der Veränderung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) ablesen. Nachdem die VZÄ-Daten der Jahre 2010 bis 2014 für den letzten Stellen- und Personalabbaubericht relativ aufwendig über händische Auswertungen von der StK und den Ressorts zugeliefert wurden, konnten die Werte für das Jahr 2015 durch Programmierung einer entsprechenden Schnittstelle erstmals direkt von Dataport zur Verfügung gestellt werden. Die VZÄ-Werte sind dabei definiert als „Vollkraft im Jahr“ und ergeben sich aus den Dezember-Daten des betreffenden Jahres. Sie bilden somit keinen Stichtagswert ab, sondern berücksichtigen die im laufenden Jahr eingetretenen Veränderungen der personellen Ressourcenkapazität. Somit würde beispielsweise eine Person, die bis Mitte des Jahres halbtags beschäftigt war und anschließend die Arbeitszeit auf Vollzeit erhöht hat, für das Jahr mit 0,75 VZÄ in die Auswertung eingehen.

## Vollzeitäquivalente (Vollkraft im Jahr)

| Einzelplan / Jahr                     | 2010          | 2011          | 2012          | 2013          | 2014          | 2015(****)    |
|---------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>03 StK</b>                         | <b>224</b>    | <b>239</b>    | <b>225</b>    | <b>219</b>    | <b>228</b>    | <b>205</b>    |
| <b>04 MIB GESAMT</b>                  | <b>8.495</b>  | <b>8.420</b>  | <b>8.506</b>  | <b>8.526</b>  | <b>8.500</b>  | <b>8.823</b>  |
| - 04 allg. Verwaltung                 | 886           | 852           | 892           | 869           | 864           | 995           |
| - 04 Polizei(*)                       | 7.609         | 7.568         | 7.613         | 7.656         | 7.636         | 7.828         |
| <b>05 FM GESAMT</b>                   | <b>4.664</b>  | <b>4.593</b>  | <b>4.503</b>  | <b>4.445</b>  | <b>4.404</b>  | <b>4.365</b>  |
| - 05 allg. Verwaltung                 | 535           | 513           | 497           | 491           | 495           | 518           |
| - 05 Steuerverwaltung                 | 4.129         | 4.080         | 4.005         | 3.954         | 3.909         | 3.847         |
| <b>06 MWAVT (ohne LBV)</b>            | <b>285</b>    | <b>282</b>    | <b>275</b>    | <b>250</b>    | <b>242</b>    | <b>229</b>    |
| <b>07 MSB GESAMT</b>                  | <b>25.269</b> | <b>25.116</b> | <b>24.739</b> | <b>24.553</b> | <b>24.630</b> | <b>24.536</b> |
| - 07 allg. Verwaltung (**)            | 573           | 641           | 541           | 548           | 499           | 379           |
| - 07 Lehrer und LiV (***)             | 24.696        | 24.475        | 24.198        | 24.005        | 24.131        | 24.090        |
| - 07 Sonstiger Schulbereich           |               |               |               |               |               | 67            |
| <b>09 MJKE GESAMT</b>                 | <b>5.487</b>  | <b>5.426</b>  | <b>5.385</b>  | <b>5.395</b>  | <b>5.429</b>  | <b>5.395</b>  |
| - 09 allg. Verwaltung                 | 201           | 203           | 257           | 290           | 289           | 277           |
| - 09 Justiz                           | 5.286         | 5.223         | 5.128         | 5.105         | 5.139         | 5.118         |
| <b>10 MSGWG</b>                       | <b>645</b>    | <b>533</b>    | <b>539</b>    | <b>550</b>    | <b>535</b>    | <b>572</b>    |
| <b>13 MELUR (ohne Landesbetriebe)</b> | <b>948</b>    | <b>939</b>    | <b>986</b>    | <b>994</b>    | <b>998</b>    | <b>1.048</b>  |
| <b>Summe Gesamt</b>                   | <b>46.016</b> | <b>45.550</b> | <b>45.158</b> | <b>44.933</b> | <b>44.966</b> | <b>45.173</b> |

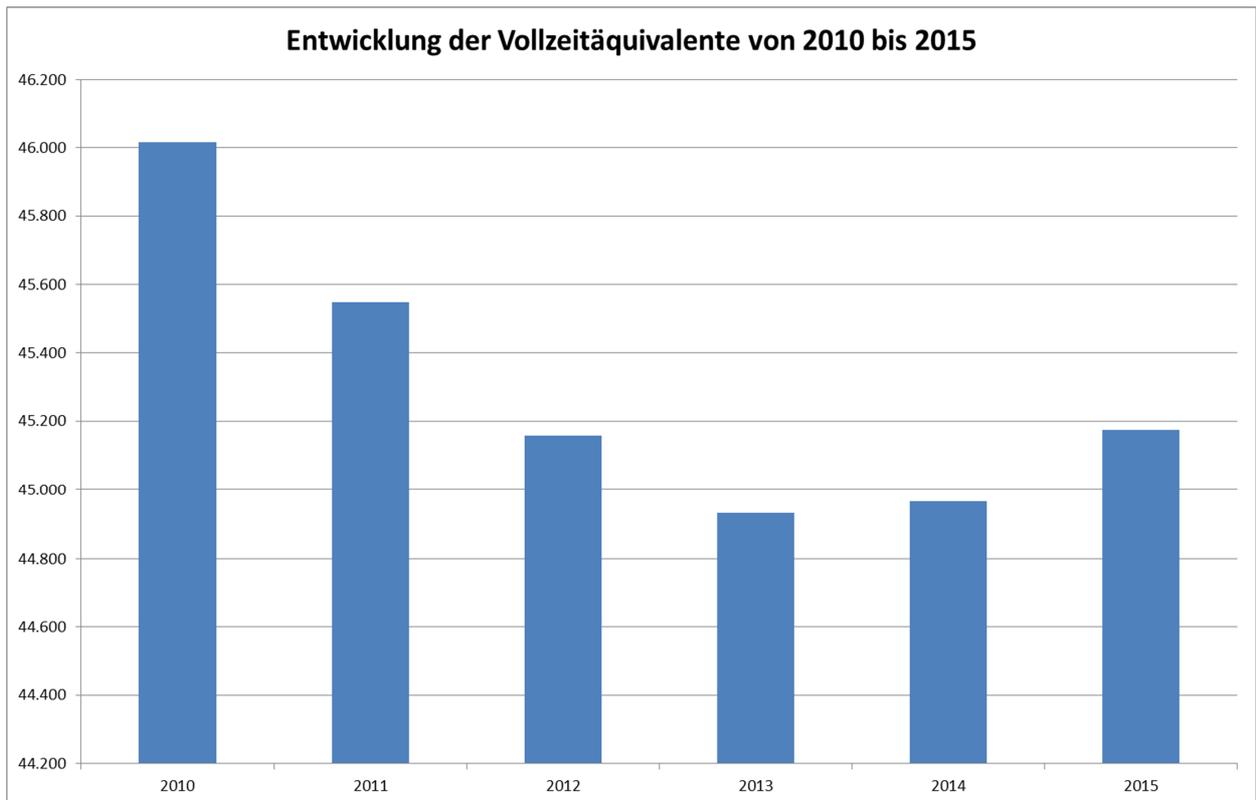
(\*) Werte der Jahre 2010 bis 2014 stammen nicht aus BVL-Liste sondern aus einer gesonderten Datenquelle der Polizei.

(\*\*) Wert für 2010 lag aus BVL-Liste nur noch vom IQSH vor, deshalb restl. Daten von PCS-Leitstelle

(\*\*\*) Daten 2010 bis 2013 lagen aus BVL-Liste nicht mehr vor, deshalb hier Daten aus dem Personalverwaltungsverfahren für Lehrer (PERLE), Auswertung des Monats November

(\*\*\*\*) Alle Daten ab 2015 wurden einheitlich von Dataport geliefert.

Grafisch stellt sich die Entwicklung der VZÄ wie folgt dar:



Im Zeitraum von 2010<sup>9</sup> (Ausgangsjahr für die einzusparenden Stellen) bis einschließlich 2015 ist die Zahl der VZÄ demnach um 843 gesunken. Im gleichen Bereich (Staatskanzlei und Ressorts ohne Landesbetriebe) wurden zwischen 2011 und 2015 aufgrund des beschlossenen Stellenabbaupfades insgesamt 2.297 Stellen abgebaut.<sup>10</sup>

Im Berichtszeitraum 2015 hat sich die Zahl der Vollzeitäquivalente in Staatskanzlei und Ressorts gegenüber 2014 insgesamt um +207 entwickelt.

Speziell für das MIB ist darauf hinzuweisen, dass die Veränderung der VZÄ in 2015 im Wesentlichen drei Ursachen hat:

- Einstellungen im Flüchtlingsbereich (ab September 2015),
- Umsetzung des Nachwuchskonzeptes (Steigerung der Ausbildungszahlen in der allgemeinen Verwaltung und im Landesamt für Vermessung und Geoinformation [LVermGeo], sowie die regelmäßige Übernahme der Nachwuchskräfte im LVermGeo nach Aufhebung der Wiederbesetzungssperre unter Berücksichtigung des Reorganisationskonzeptes),
- Übergang der Landesvertretung von der StK an das MIB.

<sup>9</sup> VZÄ-Werte aus November/Dezember 2010

<sup>10</sup> In der Nettobetrachtung würden die 228 zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen gegengerechnet werden, so dass netto 1.391 Stellen abgebaut wurden.

Zusätzliche Stellen waren für Nachwuchskräfte im Bereich der allgemeinen Verwaltung erforderlich. Für Einstellungen im Flüchtlingsbereich sind in 2015 zunächst sämtliche freie Plan-/Stellen sowie freie Stellenanteile des Geschäftsbereichs genutzt worden, die für Einsparungen in 2016 und späteren Jahren bestimmt waren. Neue Stellen für den Flüchtlingsbereich sind erst mit dem Haushalt 2016 bereitgestellt worden.

Für den Bereich der Polizei gilt, dass im Jahr 2015 die Einstellungen von Auszubildenden für den Polizeivollzugsdienst über dem vorherigen Niveau lagen. Es wurden mehr Nachwuchskräfte übernommen, als Personalabgänge zu verzeichnen waren. Im Jahr 2014 war eine leichte Unterdeckung zu verzeichnen, die damit ausgeglichen wurde. Die Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit wurde von mehr Beamten genutzt. Ebenso führt die gesetzlich geregelte Verlängerung der Lebensarbeitszeit um einen Monat zu einer Erhöhung der Jahresvollzeitäquivalente im Vergleich zum Vorjahr. Hinzu kommt, dass der Zeitpunkt der Übernahme der Nachwuchskräfte des Polizeivollzugsdienstes aufgrund der Ausbildungsdauer auf den 1. Februar bzw. 1. August festgelegt ist und damit unabhängig von dem Zeitpunkt des tatsächlichen Ruhestandsersatzes. Ebenso wurden im Jahr 2015 Einstellungen von Tarifbeschäftigten zur Entlastung des Vollzugsdienstes getätigt.

Die Entwicklung der VZÄ deckt sich nicht mit der Zahl der abgebauten Stellen. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe:

- Zum Teil werden unbesetzte Stellen eingespart, was dazu führt, dass die Zahl der Stellen sinkt, während die VZÄ unverändert bleiben. Dies kann akzeptiert werden, solange die Personalbudgets eingehalten werden. Um das Einsparziel in 2020 zu erreichen, muss es jedoch bei dem Ziel bleiben, auch die Beschäftigtenzahlen zu reduzieren.
- Des Weiteren werden beim Stellenabbaupfad z.B. die bislang in 2014 und 2015 neu geschaffenen 428 Lehrerstellen nicht berücksichtigt, da sie aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden, finanziert werden. Gleichwohl führt die damit verbundene Einstellung von Personal zu einer Erhöhung des VZÄ-Wertes.
- Auch neue kw-Stellen, welche vor dem Jahr 2020 wegfallen, erhöhen die VZÄ-Werte entsprechend der Stellenbesetzungsanteile, ohne sich dabei auf den Stellenabbaupfad auszuwirken.
- Ebenso kann die Zahl der VZÄ sinken, wenn kw-Stellen einschließlich Personal zusätzlich zum Stellenabbaupfad wegfallen.

Im Ergebnis lässt sich aus der Entwicklung der VZÄ ablesen, mit wieviel Arbeitsanteilen das Personal insgesamt in den einzelnen Jahren vertreten war bzw. wie sich die quantitativen Personalressourcen über die Jahre verändert haben. Aufgrund der unterschiedlichen Einflussfaktoren auf die Zahl der VZÄ lässt sich allerdings keine kausale Verbindung zum Stellenabbaupfad herstellen. Allerdings lässt sich die Aussage treffen, dass die Verwaltung seit 2010 insgesamt mit weniger Arbeitskraft und damit auch mit weniger Personal auskommen muss.

## **6. Organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts zur Unterstützung des Stellen- und Personalabbaus**

### **a. Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung**

Um zielgerichtete und nachhaltige Lösungen für anstehende Herausforderungen zu entwickeln, hat sich die Staatskanzlei entschieden, ein „Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung“ aufzubauen.

Ziel des Kompetenzzentrums ist es, Fachwissen und methodisches Know-how für den Themenbereich Organisationsentwicklung an zentraler Stelle in der Landesverwaltung aufzubauen, um die Ressorts bei der Durchführung von Organisationsentwicklungsprojekten zielgerichtet zu beraten und zu unterstützen.

2015 wurde mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen und Anfang 2016 wurde die Konzeption für das Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung erarbeitet.

### **b. Rahmenvertrag Organisationsuntersuchungen**

Für die Durchführung der Organisationsuntersuchungen wurde für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren ein externes Beratungsunternehmen in einem Rahmenvertrag beauftragt (KPMG-Rahmenvertrag).

Ziel der externen Unterstützung ist es, die Ausgaben des Landes dauerhaft zu senken und die Qualität der Aufgabenerbringung ohne erhöhten Mitteleinsatz weiter zu verbessern. Beispielsweise wurde 2015 eine Organisationsanalyse im MSGWG abgeschlossen. Ergebnis waren zahlreiche Maßnahmenvorschläge zur Optimierung der Aufgabenwahrnehmung und Organisationsstrukturen mit entsprechenden Einsparpotentialen.

2016 ist die Federführung aus dem Finanzministerium in die Staatskanzlei in den Bereich Zentrale Organisationsentwicklung übergegangen. Die durch den Rahmenvertrag unterstützten Projekte werden laufend durch das Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung betreut.

### **c. Gründung des Dienstleistungszentrum Personal (DLZP)**

Bereits im Sommer 2015 hat die Landesregierung die Absicht bekräftigt, ihre Kräfte zum Aufbau eines modernen Dienstleistungszentrums für die ressortübergreifende Personalverwaltung bei der Staatskanzlei zu bündeln. Zu diesem Zweck ist zum Jahreswechsel 2015/2016 das ehemalige Finanzverwaltungsamt (FVA) in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten übergegangen und wird dort zum Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) weiterentwickelt. Die Landesregierung verfolgt damit konsequent den Weg, unterstützende Querschnittsaufgaben zu zentralisieren. Mit der zum 01.01.2015 erfolgten Herauslösung der Landeskasse aus dem Finanzverwaltungsamt sind nicht zum Personalbereich gehörende Aufgaben vom FVA getrennt worden. Damit ist ein erster Schritt gemacht worden, um die rechtlichen, strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung des Finanzverwaltungsamtes hin zum Dienstleistungszentrum Personal zu schaffen. Mit der Überführung in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Namensänderung erfolgt der zweite Schritt. Mit einer operativen Zentralisierung von Personalaufgaben wurde begonnen, und sie wird im Laufe der Jahre fortgeführt werden.

### **d. Maßnahmen der Ressorts**

Die Ressorts initiieren auch eigene, nicht von dritter Seite unterstützte Organisationsmaßnahmen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes. Diese sind in der Anlage 6 ressortweise aufgelistet<sup>11</sup>.

## **7. Nachwuchskräftegewinnung im Kontext des demographischen Wandels**

Die Akquisition geeigneter Nachwuchskräfte gewinnt an Bedeutung und stellt eine zunehmend große Herausforderung dar. Laut Bevölkerungsvorausberechnung nimmt die Bevölkerung in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren tendenziell ab und wird älter. Damit geht einher, dass zukünftig auch weniger Schulabgängerinnen und -abgänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden. Zudem steigt die Quote derjenigen, die ein Hochschulstudium beginnen.

Auch wenn die Landesregierung aufgrund des Stellenabbaupfades noch Einsparungen erbringen muss, ist schon jetzt erkennbar, dass aufgrund der aktuellen Altersstruktur in den kommenden Jahren erhebliche Altersabgänge bevorstehen. Deshalb ist die rechtzeitige Einstellung und Ausbildung von Nachwuchskräften erforderlich.

---

<sup>11</sup> Hier sind die Maßnahmen des Jahres 2015 aufgeführt. Organisatorische Maßnahmen bis einschließlich 2014 können dem Vorjahresbericht (Umdruck 18/5498) entnommen werden.

## **8. Altersstruktur in der unmittelbare Landesverwaltung zum Stichtag 31.12.2015 (ohne LKN-SH und LBV-SH)**

Nachfolgende Grafiken bilden die Altersstrukturen in der unmittelbaren Landesverwaltung für die allgemeine Verwaltung (ohne LKN und LBV) sowie für die Kernbereiche Justiz, Polizei, Lehrer und Steuerverwaltung ab. Es sind dabei Alterskohorten von jeweils 5 Jahren dargestellt. Ab einem Alter von 60 Jahren sind die Alterskohorten auf 3 Jahre reduziert, um besser differenzieren zu können, welcher Personalanteil kurzfristig vor dem Ruhestand/ der Rente durch Erreichen der Altersgrenze steht.

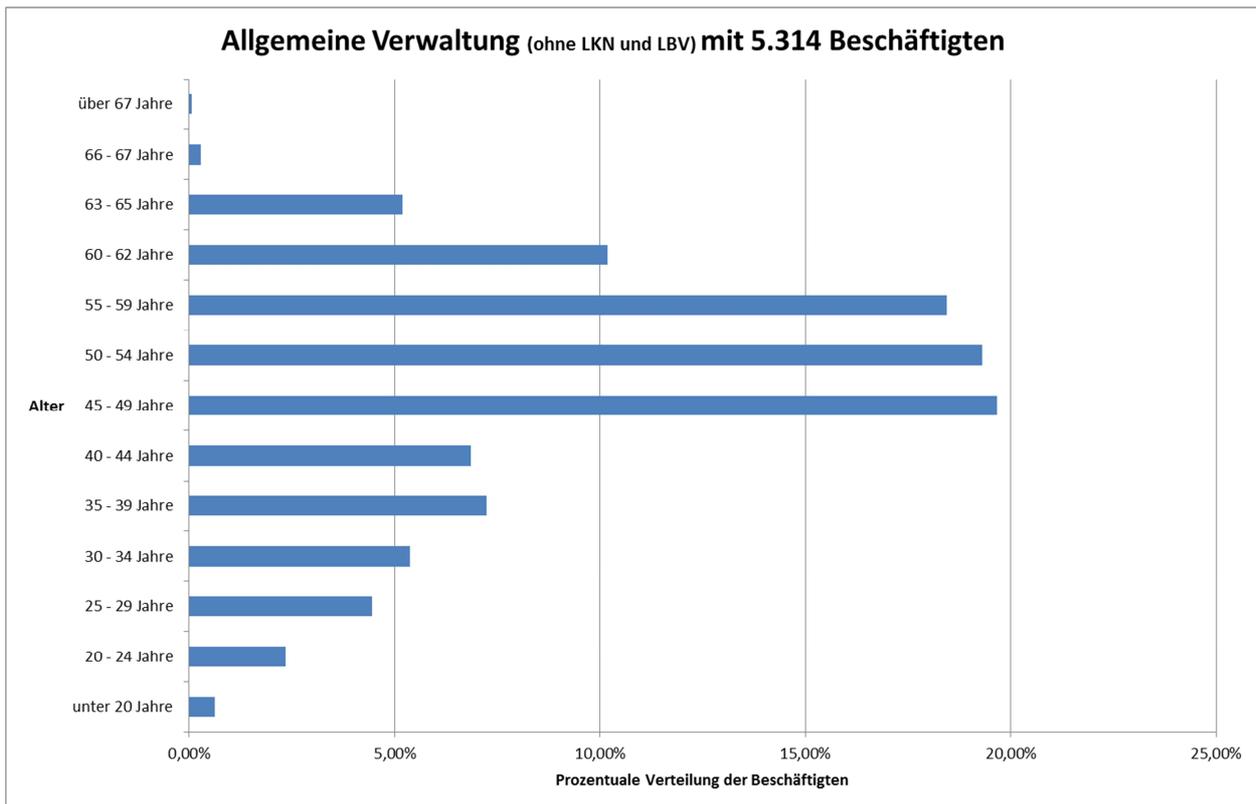
Die gesetzliche Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand bzw. die Regelaltersrente wird zwischen 2012 und 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Daneben gibt es einige besondere Altersgrenzen, z.B. für Vollzugsbeamte und Schwerbehinderte. Ein hoher Anteil des Personals geht aus verschiedenen Gründen bereits vorzeitig in den Ruhestand oder in Rente.<sup>12</sup>

Die Altersstrukturdaten belegen, dass zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung eine gezielte Einstellung von Nachwuchskräften erforderlich ist. Die Anzahl der erwarteten Altersabgänge in den kommenden Jahren ist so hoch, dass trotz der erforderlichen Einstellung von Nachwuchskräften ausreichend Gestaltungsspielraum zur Umsetzung des Stellen- und Personalabbaus bleibt.

Die Altersstrukturen in den Bereichen Allg. Verwaltung, Justiz, Lehrkräfte, Polizei und Steuerverwaltung stellen sich grafisch wie folgt dar:

---

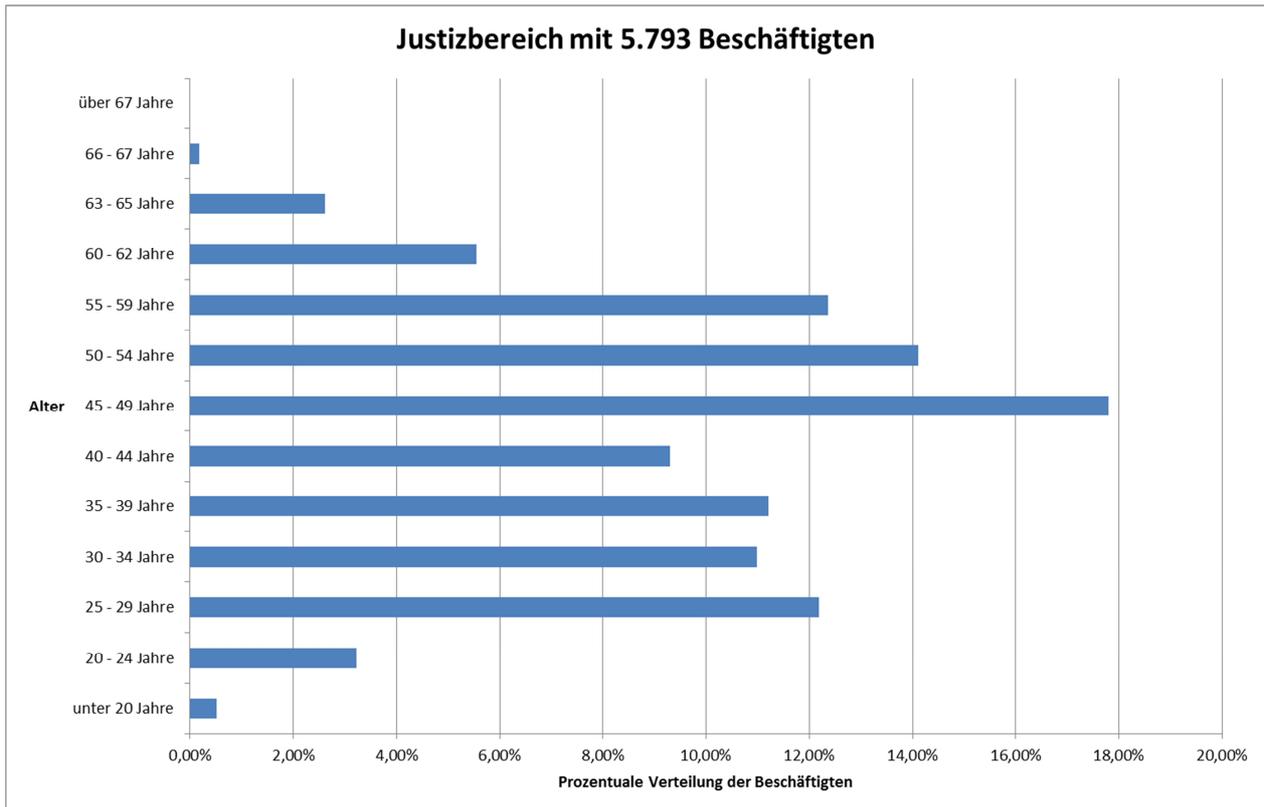
<sup>12</sup> Zu den Details wird auf den jährlich erscheinenden Personalstruktur- und Personalmanagementbericht (Drucksache 18/3788) sowie bis 2015 auf den jährlichen Bericht über die Entwicklung der Frühpensionierungen verwiesen (Umdruck 18/4551).



Quelle: Die Grafik wurde anhand von Daten der PCS-Leitstelle mit Stichtag 31.12.2015 erstellt.

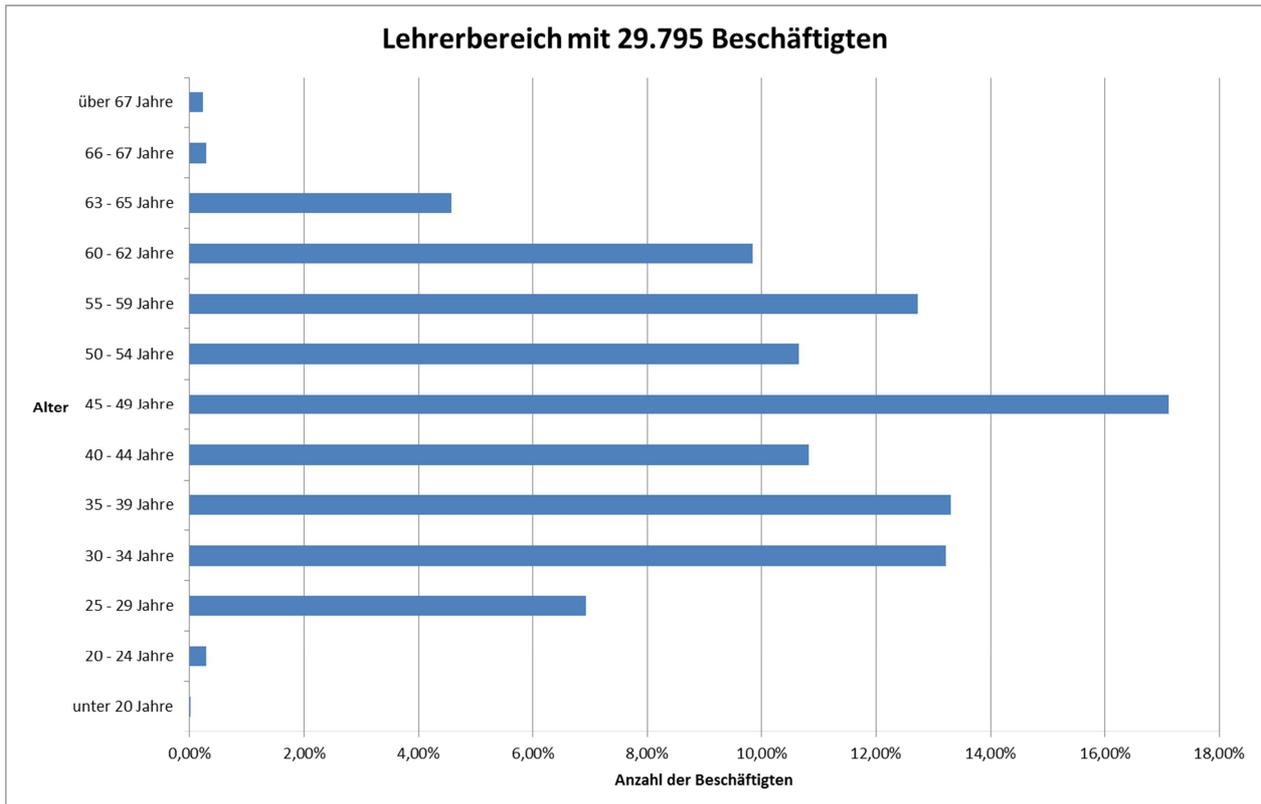
Der Bereich der **Allgemeinen Verwaltung**<sup>13</sup> ist besonders stark durch einen hohen Altersdurchschnitt geprägt. Mit 57% ist der Großteil der Beschäftigten zwischen 45 und 59 Jahre alt. Weitere 16% sind über 60 Jahre alt. Nur 27% der Beschäftigten sind unter 45 Jahre alt. Die in den nächsten Jahren zahlreich anstehenden Altersabgänge unterstützen die Realisierung des geplanten Stellenabbaus. Der verbleibende Personalkörper wird bei Betrachtung der derzeitigen Personalsituation jedoch nicht ausreichen, um das vorhandene Aufgaben- und Leistungsspektrum weiterhin adäquat zu gewährleisten. Um die kurz- und mittelfristig anstehenden Altersabgänge kompensieren zu können, gewinnt die Nachwuchskräftegewinnung in diesem Bereich in besonderem Maße an Bedeutung.

<sup>13</sup> Unter der „Allgemeinen Verwaltung“ werden hier die alle Beschäftigten berücksichtigt, die zu den Geschäftsbereichen von Staatskanzlei und Ressorts (ohne LKN und LBV) gehören und nicht den Bereichen Justiz, Lehrkräfte, Polizei und Steuerverwaltung zugeordnet sind.



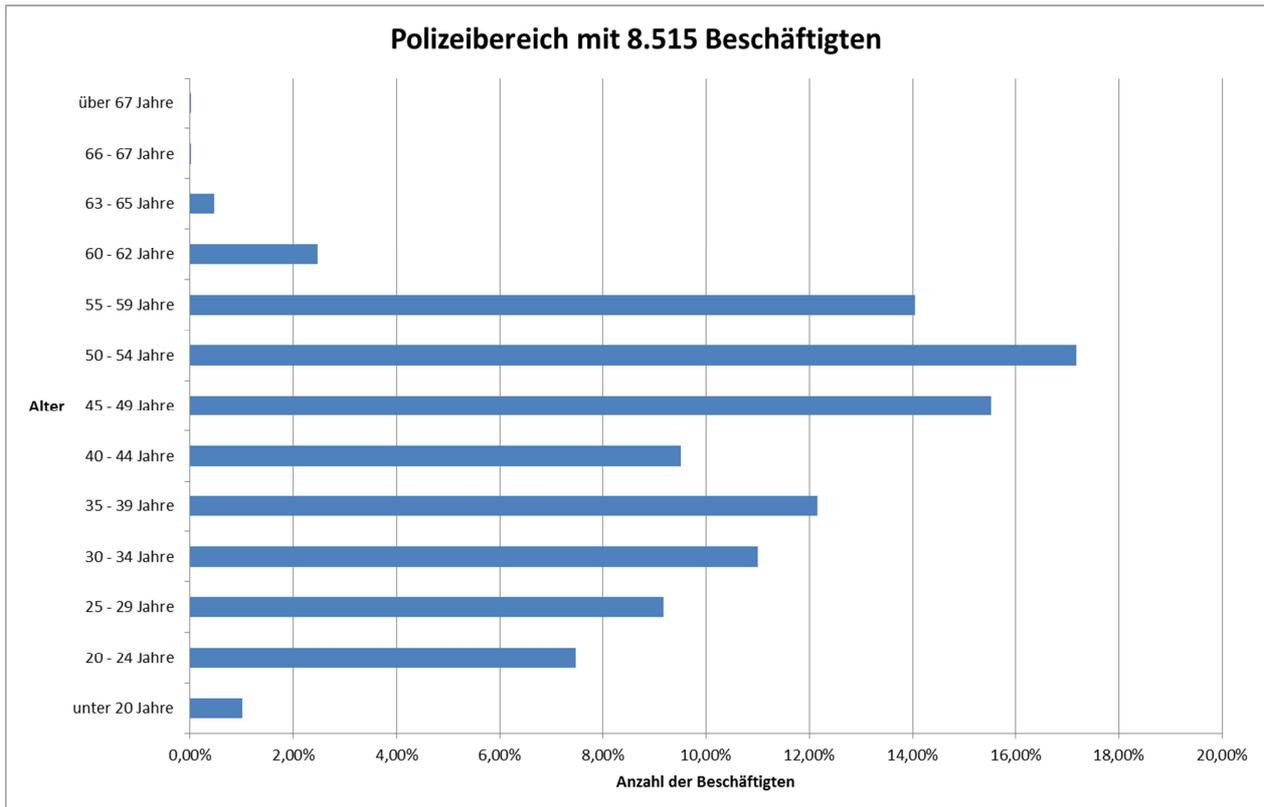
Quelle: Die Grafik wurde anhand von Daten der PCS-Leitstelle mit Stichtag 31.12.2015 erstellt.

Im **Justizbereich** stellt sich die Altersverteilung recht ausgeglichen dar. So beträgt der Anteil der 45 bis 59-jährigen insgesamt 44 % und der Anteil der über 60-jährigen 8%. Rund 47% der Beschäftigten sind unter 45 Jahre alt. Zu erwähnen ist, dass schätzungsweise ca. ein Siebtel der im Justizbereich beschäftigten Personen Vollzugsbeamte sind; für diese gilt für den Eintritt in den Ruhestand die besondere Altersgrenze nach § 114 i.V.m. § 108 Landesbeamtengesetz (LBG), die in 18 Schritten von 60 auf 62 Jahre angehoben wird.



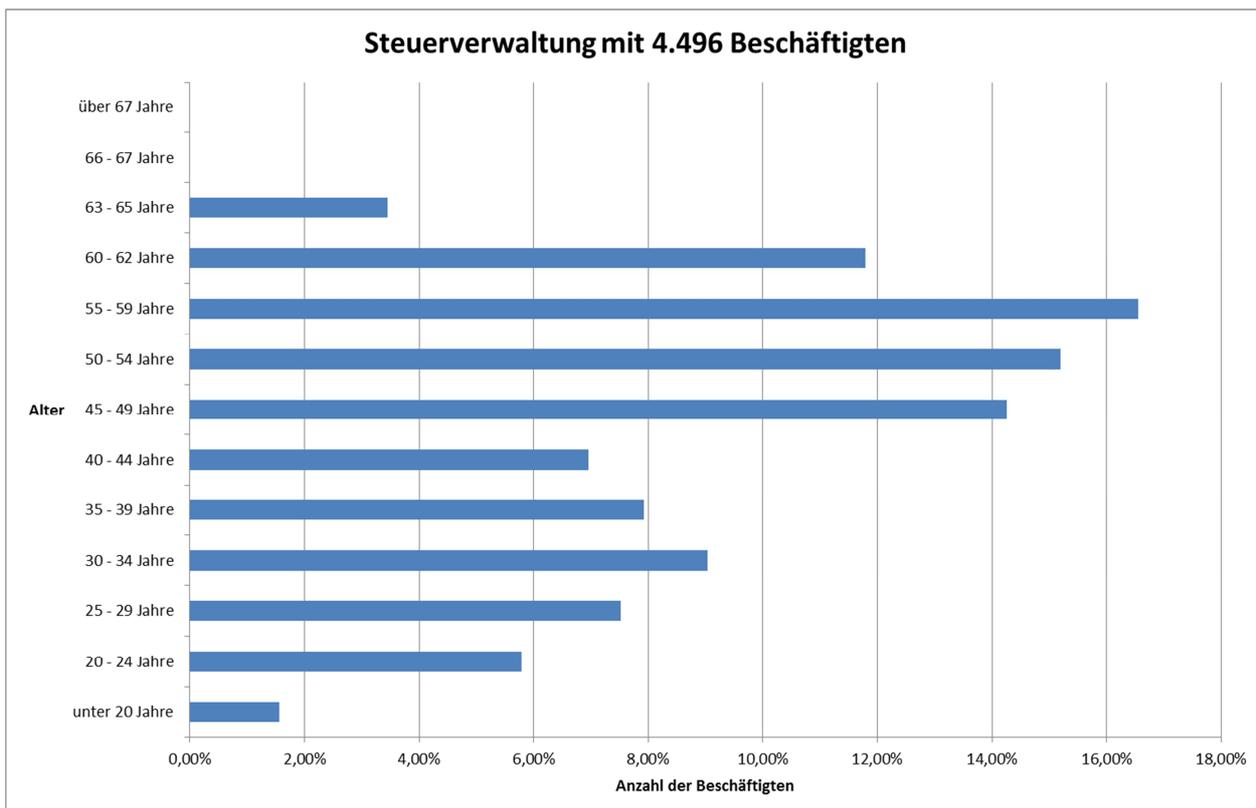
Quelle: Die Grafik wurde anhand von Daten der PCS-Leitstelle mit Stichtag 31.12.2015 erstellt.

Auch im **Lehrerbereich** ist die Altersstruktur relativ gleichmäßig verteilt. Rund 40 % der Lehrkräfte sind 45 bis 59 Jahre alt, 15% sind über 60 Jahre alt und 45 % sind unter 45 Jahre alt.



Quelle: Die Grafik wurde anhand von Daten der PCS-Leitstelle mit Stichtag 31.12.2015 erstellt.

Im **Polizeibereich** ist zu berücksichtigen, dass für die Vollzugsbeamten - und damit den Großteil der Polizeibediensteten - die besondere Altersgrenze nach § 108 LBG gilt, die in 18 Schritten von 60 Jahren auf 62 Jahre angehoben wird. Deshalb macht der Anteil der über 60-jährigen nur 3% aus. Insgesamt 47% sind zwischen 45 und 59 Jahre alt, und rund 50% sind unter 45 Jahre. Um kurz- und mittelfristig eintretende Altersabgänge abfedern zu können und den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden, wurden die Ausbildungszahlen im Polizeibereich erhöht. Im Jahr 2015 lagen die Einstellungen von Auszubildenden für den Polizeivollzugsdienst über dem vorherigen Niveau. Es wurden mehr Nachwuchskräfte übernommen, als Personalabgänge zu verzeichnen waren. Im Jahr 2014 war eine leichte Unterdeckung zu verzeichnen, die damit ausgeglichen wurde.



Quelle: Die Grafik wurde anhand von Daten der PCS-Leitstelle mit Stichtag 31.12.2015 erstellt.

Im Bereich der **Steuerverwaltung** beträgt der Anteil der 45- bis 59-jährigen 46 % und der Anteil der über 60-jährigen 15 %. Etwa 39 % der Beschäftigten sind unter 45 Jahre alt. Auch hier überwiegen die lebensälteren Beschäftigten, so dass in der Umsetzung eines Stellenabbaus auch ein Personalabbau möglich ist. Gleichwohl bleibt die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte auch in der Steuerverwaltung ein Thema von hoher Priorität.

## 9. Sachstand und Ausblick: Notwendige Anpassungen der Stellen- und Personalsituation, insbesondere aufgrund des hohen Flüchtlingszustroms

### a. Aufbau neuer Stellen

#### Sachstand bis 31.12.2015

Neben dem vereinbarten Stellenabbaupfad sind seit 2011 auch neue Stellen aufgebaut worden. Der Großteil dieser zusätzlichen Stellen hatte bislang keine Auswirkungen auf den Stellenabbaupfad und das damit vereinbarte Konsolidierungsvolumen, da die neuen Stellen entweder kw-Vermerke tragen und vor Ablauf des Jahres 2020 wegfallen werden oder die Stellen anderweitig finanziert werden.

Bei einem bloßen Abgleich des Stellenbestandes von 2010 (Basis Stellenabbaupfad) mit dem Stellenbestand vom 31.12.2015 ergibt sich eine Differenz von -1.304 Stellen.

#### **Stellenplan 2015** (ohne LRH und ohne Landtag)

|   |               |  |
|---|---------------|--|
| <b>Stellenbestand 2010<br/>(Basis Stellenabbaupfad)</b>                               | <b>48.775</b> | <b>Haushaltsplan 2010/<br/>Haushaltsaufstellungserlass 2011/2012</b> |
| Stellen am 01.01.2015<br>gem. vom Landtag beschlossenen Haushalt                      | 48.013        | Haushaltsplan 2015, Bd 1, S. 72                                      |
| im Jahresverlauf 2015 weggefallene Stellen<br>gem. vom Landtag beschlossenen Haushalt | 542           | Haushaltsplan 2015, Bd 1, S. 78f.                                    |
| <b>Stellen am 31.12.2015</b>  | <b>47.471</b> |  |
| <b>Differenz Stellen am 31.12.2015<br/>./. Basis Stellenbestand 2010</b>              | <b>-1.304</b> | <b>Stellenabbau im Zeitraum 2010 - 2015</b>                          |

Stellt man die Differenz von 1.304 abgebauten Stellen gem. der vom Landtag beschlossenen Haushalte und die unter Abschnitt 4.c insgesamt 2.303 abgebauten Stellen im Rahmen des Stellenabbaupfades gegenüber, ergibt dies eine Differenz von 999 Stellen.

Das bedeutet, dass seit Beginn des Stellenabbaupfades bis zum 31.12.2015 neben dem Abbau von 2.303 Stellen insgesamt 999 Stellen aufgebaut wurden, die beim Stellenabbaupfad nicht zu berücksichtigen sind, sich aber gleichwohl im Haushalt niederschlagen.

#### Ausblick: Entwicklungen ab 2016

Das Land ist mit den Haushalten 2015 und 2016 seiner humanitären Verpflichtung nachgekommen und hat die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt, um den ankommenden Flüchtlingen eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung zu schaffen, ihnen eine neue Heimat zu bieten und erste Integrationsmaßnahmen zu ergreifen. Mehr als 50.000 Menschen haben auf ihrer Flucht vor Krieg und Gewalt in unserem Land Schutz gefunden. Aufgrund dieser aktuellen Herausforderungen in

den Aufgabenbereichen Innere Sicherheit, Bildung und Justiz, aber auch in der allgemeinen Verwaltung und beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten, sind ab 2016 weitere zusätzliche Stellen erforderlich. Der Stabilitätsrat wurde mit dem Bericht über die Umsetzung des Sanierungsprogramms gem. § 5 Stabilitätsratsgesetz vom 26.04.2016 umfassend über den Sachverhalt informiert.<sup>14</sup>

Im Vergleich zum Stellenbestand 2010 werden bis Ende 2017 insgesamt 36 Stellen abgebaut sein. Eine detaillierte Aufstellung zur Stellenentwicklung bis 2017 befindet sich in der Anlage 4.

Die aktuelle Entwicklung der Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber ist nur schwer prognostizierbar. Vor diesem Hintergrund erfolgt zum Haushaltsentwurf 2017 noch keine Veränderung der zugrunde gelegten Annahmen für die einzelnen Aufgabenfelder. Gegenüber dem Finanzministerium sind die erforderliche Höhe aller flüchtlingsbedingten Ausgaben sowie die Anzahl der weiterhin notwendigen (zusätzlichen) Planstellen und Stellen in den einzelnen Politikfeldern einzeln nachzuweisen. Im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen wird die Notwendigkeit der in der Ministerialverwaltung und dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten für den Flüchtlingsbereich geschaffenen Stellen erneut überprüft und gegebenenfalls werden weitere Stellen wieder eingespart.

#### **b. Auswirkungen auf das Budget und geplante Gegenfinanzierung**

Im Zusammenhang mit den bis 2016 zusätzlich geschaffenen und mit dem Haushaltsentwurf 2017 geplanten insgesamt 3.470 Stellen steht eine strukturelle Wirkung in Höhe von 103,3 Mio. € (s. Anlage 5). Davon sind 84,7 Mio. € asylbedingt (vgl. oben). Für menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen waren erhebliche finanzielle Mittel aufzuwenden. Die asylbedingten Personalausgaben betragen 2015 8,6 Mio. € und sind für das Jahr 2016 mit 61,3 Mio. € veranschlagt. Im Haushaltsentwurf 2017 sind Mittel in Höhe von 84,7 Mio. € vorgesehen.

#### **10. Fazit**

Die Vorgaben des Stellenabbaupfades wurden zwischen 2011 und 2015 erfüllt bzw. mit einem Abbau von insgesamt 2.303 Stellen - gegenüber der Vorgabe von 2.281 abzubauenen Stellen - um 22 Stellen übertroffen. Die Zahl der VZÄ ist seit Ende 2010 kontinuierlich gesunken, lediglich in 2014 war ein marginaler Anstieg (um +0,07% zum

---

<sup>14</sup> Vgl. Umdruck 18/6140, Bericht über die Umsetzung des Sanierungsprogramms gem. § 5 Stabilitätsratsgesetz vom 26.04.2016, S. 9ff.

Vorjahr) zu verzeichnen. In 2015 kam es zu einem Anstieg der VZÄ, welcher insbesondere mit zusätzlich notwendig gewordenen Einstellungen im Flüchtlingsbereich sowie mit der Erhöhung der Nachwuchskräftezahlen im Zusammenhang steht.

Die Altersstruktur der Bediensteten in der unmittelbaren Landesverwaltung zeigt, dass die anstehenden Altersabgänge zunehmend die praktische Umsetzung des Stellen- und Personalabbaus unterstützen werden. Ganz besonders deutlich wird dies im Bereich der allgemeinen Verwaltung, in dem bereits 16% des Personals über 60 Jahre ist, 57% zwischen 45 und 59 Jahre und nur 27% unter 45 Jahre. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Nachwuchskräftegewinnung verstärkt an Bedeutung, da ein großer Teil der Personalabgänge eine Neubesetzung erfordern wird, um die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung weiterhin zu gewährleisten.

Des Weiteren gibt es verschiedene organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts, um die Umsetzung des Stellen- und Personalabbaus unterstützend zu begleiten. So hat sich die Staatskanzlei entschieden, ein „Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung“ aufzubauen. Das zentral aufgebaute Fachwissen und methodische Know-how für den Themenbereich Organisationsentwicklung steht den Ressorts bei der Durchführung von Organisationsentwicklungsprojekten zur Verfügung. Mit der Einrichtung des DLZP in der StK verfolgt die Landesregierung weiterhin konsequent den Weg, unterstützende Querschnittsaufgaben zu zentralisieren. Zudem gibt es weitere ressortinterne organisatorische Maßnahmen, wie z.B. die Zusammenlegung von Referaten und Abteilungen, um den Stellen- und Personalabbau zu begleiten.

Die ab Mitte/Ende 2015 sprunghaft gestiegenen Flüchtlingszahlen haben auch in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung schnelles Handeln erfordert. Insbesondere aufgrund der aktuellen Herausforderungen in den Aufgabenbereichen Innere Sicherheit, Bildung und Justiz, aber auch in der allgemeinen Verwaltung und beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten wurden und werden zukünftig zusätzliche Stellen benötigt. Die Landesregierung hat es trotz dieser erheblichen Herausforderungen geschafft, den Konsolidierungskurs strikt einzuhalten.

Auch der Stabilitätsrat bescheinigt dem Land sehr gute Chancen, zukünftig ohne neue Schulden auszukommen. So hat der Stabilitätsrat kürzlich festgestellt, dass das Land das Sanierungsverfahren im Jahr 2016 erfolgreich abschließen kann.<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> 13. Vgl. Sitzung 06/2016 Sanierungsverfahren Schleswig-Holstein Beschluss, Bericht 04/2016 und Unterlagen, TOP 3 der 13. Sitzung des Stabilitätsrates am 8. Juni 2016, Beschluss des Stabilitätsrates zum Sanierungsverfahren nach § 5 Stabilitätsratsgesetz Schleswig-Holstein

## Anlage 1: Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2015

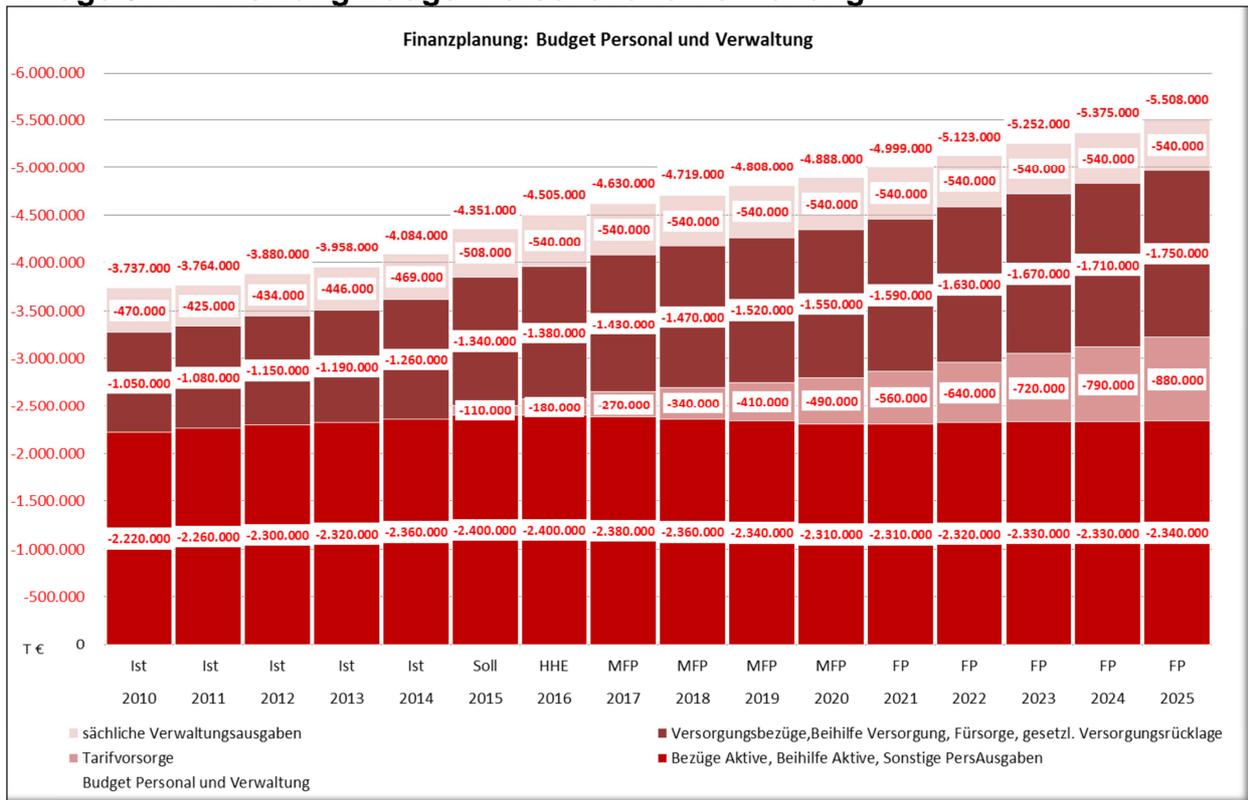
## Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2015

| EP    | Bezeichnung  | Jahr | Beamten und Beamte |                 |                         | Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Nachwuchskräfte | Summe Spalte 4-8 |
|-------|--|------|--------------------|-----------------|-------------------------|------------------------------------|-----------------|------------------|
|       |  |      | 422 01<br>422 TG   | Z. A.<br>422 02 | im<br>Vorb.D.<br>422 03 |                                    |                 |                  |
| 1     | 2  | 3    | 4                  | 5               | 6                       | 7<br>428 01<br>428 TG              | 8               | 9                |
| 01    | Landtag  | 2015 | 60                 | -               | -                       | 104                                | -               | 164              |
|       |  | 2014 | 57                 | -               | -                       | 105                                | -               | 162              |
| 02    | Landesrechnungshof   | 2015 | 80                 | -               | -                       | 18                                 | -               | 98               |
|       |  | 2014 | 80                 | -               | -                       | 18                                 | -               | 98               |
| 03    | Ministerpräsident, Staatskanzlei   | 2015 | 149                | -               | -                       | 75                                 | -               | 224              |
|       |  | 2014 | 146                | -               | -                       | 74                                 | -               | 220              |
| 04    | Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten                        | 2015 | 7.240              | -               | 752                     | 1.548                              | 31              | 9.571            |
|       |  | 2014 | 7.221              | -               | 722                     | 1.578                              | 31              | 9.552            |
| 05    | Finanzministerium  | 2015 | 3.851              | -               | 282                     | 733                                | -               | 4.866            |
|       |  | 2014 | 3.868              | -               | 263                     | 767                                | -               | 4.898            |
| 06    | Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie              | 2015 | 175                | -               | -                       | 91                                 | 1               | 267              |
|       |  | 2014 | 175                | -               | -                       | 97                                 | 1               | 273              |
| 07    | Ministerium für Schule und Berufsbildung                                 | 2015 | 21.992             | -               | 1.719                   | 1.439                              | 11              | 25.161           |
|       |  | 2014 | 21.835             | -               | 1.819                   | 1.582                              | 11              | 25.247           |
| 09    | Ministerium für Justiz, Kultur und Europa                                | 2015 | 3.508              | -               | 960                     | 1.257                              | 64              | 5.789            |
|       |  | 2014 | 3.500              | -               | 985                     | 1.273                              | 59              | 5.817            |
| 10    | Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung    | 2015 | 387                | -               | -                       | 327                                | -               | 714              |
|       |  | 2014 | 369                | -               | -                       | 314                                | -               | 683              |
| 13    | Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume | 2015 | 661                | -               | 19                      | 741                                | -               | 1.421            |
|       |  | 2014 | 657                | -               | 19                      | 761                                | -               | 1.437            |
| Summe |  | 2015 | 38.103             | -               | 3.732                   | 6.333                              | 107             | 48.275           |
|       |  | 2014 | 37.908             | -               | 3.808                   | 6.569                              | 102             | 48.387           |

## Anlage 2: Personalbudgets

| Personalbudgets der Einzelpläne ab 2010<br>(ohne Sabbatjahr-Rücklagenbildung) |   |                    |                    |                    |                    |                    |                    |
|---|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Epl.  | Ressort   | 2010 (*<br>Ist)    | 2011<br>Ist        | 2012 (*<br>Ist)    | 2013<br>Ist        | 2014<br>Ist        | 2015<br>Ist        |
| in T€   |   |                    |                    |                    |                    |                    |                    |
| 03  | Ministerpräsident<br>Chef der Staatskanzlei                                       | 10.701,8           | 12.083,1           | 10.805,4           | 12.763,5           | 13.778,9           | 12.770,7           |
| 04  | Ministerium für Inneres u.<br>Bundesangelegenheiten                               | 342.013,0          | 349.378,6          | 359.212,0          | 367.442,9          | 378.050,8          | 389.372,8          |
| 05  | Finanzministerium   | 183.706,4          | 185.009,0          | 184.215,4          | 184.379,5          | 185.923,1          | 187.398,0          |
| 06  | Ministerium für<br>Wirtschaft, Arbeit,<br>Verkehr und Technologie                 | 15.431,3           | 16.175,0           | 15.366,9           | 14.378,9           | 14.485,5           | 14.040,0           |
| 07  | Ministerium für Schule<br>und Berufsbildung <b>ohne<br/>Lehrer</b>                | 30.824,7           | 32.471,9           | 30.286,4           | 30.264,6           | 29.896,6           | 28.202,3           |
|   | <b>Lehrer</b>   | 1.203.696,1        | 1.220.030,4        | 1.235.486,9        | 1.254.207,9        | 1.272.658,2        | 1.311.365,0        |
| 09  | Ministerium für Justiz,<br>Kultur und Europa                                      | 217.987,3          | 221.708,6          | 228.777,6          | 233.221,1          | 239.361,5          | 243.759,6          |
| 10  | Ministerium für Soziales,<br>Gesundheit,<br>Wissenschaft und<br>Gleichstellung    | 32.515,8           | 28.094,3           | 28.251,0           | 28.675,0           | 28.495,4           | 31.057,7           |
| 13  | Ministerium für<br>Energiewende,<br>Landwirtschaft, Umwelt<br>und ländliche Räume | 52.942,3           | 54.267,1           | 56.873,3           | 58.607,9           | 59.423,8           | 60.423,9           |
| <b>Gesamt</b>   |   | <b>2.089.818,7</b> | <b>2.119.218,0</b> | <b>2.149.274,9</b> | <b>2.183.941,3</b> | <b>2.222.073,8</b> | <b>2.278.390,0</b> |
| ./.. Umsetzungen aus Epl. 11 für<br>Tarif- u. Besoldungserhöhungen            |   | <b>76.787,0</b>    | <b>23.071,2</b>    | <b>68.341,9</b>    | <b>104.163,3</b>   | <b>46.686,8</b>    | <b>51.575,7</b>    |
| <b>Differenz</b>  |   | <b>2.013.031,7</b> | <b>2.096.146,8</b> | <b>2.080.933,0</b> | <b>2.079.778,0</b> | <b>2.175.387,0</b> | <b>2.226.814,3</b> |
| (* Änderung der Geschäftsverteilung   |   |                    |                    |                    |                    |                    |                    |
| Quelle: Jährliche Meldungen der Ressorts zu den Personalkostenbudgets         |   |                    |                    |                    |                    |                    |                    |

### Anlage 3: Entwicklung Budget Personal und Verwaltung



(Quelle: Finanzplan Schleswig-Holstein 2015-2019 mit Finanzplan Fortschreibung 2020-2025 sowie Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gem. Art. 59 a Landesverfassung)

## Anlage 4: Stellenentwicklung bis Ende 2017

**Stellenplan 2016**

|   |               |  |
|---|---------------|--|
| <b>Stellenbestand 2010<br/>(Basis Stellenabbau 2010)</b>  | <b>48.775</b> | Haushaltsplan 2010/<br>Haushaltsaufstellungserlass 2011/2012 |
| Stellen am 01.01.2016   | 49.051        | Haushaltsplan 2016, Bd 1, S. 74                              |
| gem. vom Landtag beschlossenen Haushalt<br>im Jahresverlauf 2016 wegfallende Stellen<br>gem. vom Landtag beschlossenen Haushalt | 578           | Haushaltsplan 2016, Bd 1, S. 81                              |
| <b>Stellen am 31.12.2016</b>  | <b>48.473</b> |  |
| <b>Differenz Stellen am 31.12.2016 ./.<br/>Basis Stellenbestand 2010</b>  | <b>-302</b>   | <b>Stellenabbau im Zeitraum 2010 - 2016</b>                  |

**Fortschreibung 2016**

|  |               |  |
|--|---------------|--|
| Lehrkräfte 1. Tranche 200  | 200           | Nachtrag 2016  |
| Stellen Justiz 2016  | 20            | Nachtrag 2016  |
| Stellen MWAVT (Arbeitsmarktintegrat.)                                    | 4             | Nachtrag 2016  |
| DaZ-Stellen im Vollzug   | 50            | Vollzug 2016: auf Basis Haushaltsvermerk geschaffene Stellen |
| Rückführung Stellenaufwuchs  | -29           | Nachtrag 2016  |
| <b>Fortschreibung Stellenbestand 31.12.2016</b>                          | <b>48.718</b> |  |
| <b>Differenz Stellen am 31.12.2016 ./.<br/>Basis Stellenbestand 2010</b> | <b>-57</b>    | <b>Stellenabbau im Zeitraum 2010 - 2016 nach Nachtrag</b>    |

**Fortschreibung 2017**

|  |               |   |
|--|---------------|---|
| Stellenabbau 2017  | -496          | lt. Abbauprogramm   |
| Lehrkräfte letzte Tranche BaföG  | 200           |   |
| Lehrkräfte 2. Tranche 200  | 200           |   |
| Lehrkräfte/ Referendare/ LiV   | 50            |   |
| Stellen Justiz 2017  | 21            |   |
| MELUR  | 1             |   |
| DaZ-Stellen im Vollzug   | -50           | Vollzug 2017 (31.07.):<br>Wegfall der im Vollzug 2016 geschaffenen Stellen (s.o.) |
| <i>Polizeianwärter</i>   | <i>125</i>    |   |
| <i>Rückführung Asyl</i>  | <i>-30</i>    |   |
| nachrichtlich Entwicklung 2017   | 21            |   |
| <b>Fortschreibung Stellenbestand 31.12.2017</b>                          | <b>48.739</b> |   |
| <b>Differenz Stellen am 31.12.2017 ./.<br/>Basis Stellenbestand 2010</b> | <b>-36</b>    | <b>Stellenabbau im Zeitraum 2010 - 2017</b>                                       |

### Anlage 5: Darstellung der bis 2016 zusätzlich geschaffenen und mit dem Haushaltsentwurf 2017 geplanten Stellen und deren strukturelle Wirkung

|   |              |
|---|--------------|
| Stellenabbaupfad 2010 bis 2017                      | 3.506        |
| Stellenabbau netto 2010 bis 2017                    | 36           |
| <b>zusätzlich geschaffene Stellen 2010 bis 2017</b> | <b>3.470</b> |

|   | insgesamt    | davon kw     | strukturelle Wirkung<br>in T € |
|---|--------------|--------------|--------------------------------|
| BAföG-Stellen                                 | 728          |              | 36.400,0                       |
| Vertretungsfonds                              | 125          | 125          |                                |
| Schulassistenz                                | 185          |              | 7.800,0                        |
| Lehrerstellen (mit NT 2015)                   | 240          |              | 12.000,0                       |
| Lehrerstellen (mit HH 2016)                   | 280          |              | 14.000,0                       |
| Lehrerstellen (mit NT 2016)                   | 200          |              | 10.000,0                       |
| Lehrerstellen (mit HHE 2017)                  | 200          |              | 10.000,0                       |
| LiV-Stellen                                   | 100          |              | 1.800,0                        |
| Polizei                                       | 665          | 665          | -                              |
| Verfassungsschutz                             | 20           | 8            | 448,0                          |
| LfA   | 296          | 147          | 7.376,0                        |
| Justiz (Gerichte und Justizvollzugsanstalten) | 73           | 73           | -                              |
| DLZP/ KoPers                                  | 119          | 119          | -                              |
| Verwaltung                                    | 113          | 97           | 1.696,0                        |
| Ausbildung/Vorbereitungsdienst/ Übernahme NWK | 116          | 61           | 745,2                          |
| Sonstiges (Wasserbau, Übertragung WiBe)       | 10           |              | 1.050,0                        |
| <b>Summe</b>                                  | <b>3.470</b> | <b>1.295</b> | <b>103.315,2</b>               |

**Anlage 6: In 2015 eingeleitete/laufende/abgeschlossene Maßnahmen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes und jeweiliger Sachstand, um mit dem bis 2020 verringerten Stellen- bzw. Personalbestand die Fachaufgaben gesichert wahrnehmen zu können**

|                      | <u>Eingeleitete Maßnahme</u>  | <u>Stand der Umsetzung</u>   | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>  |
|----------------------|---|--|--|
|                      | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</li> </ul> |
| <b>Staatskanzlei</b> |   |  |  |
| 2015                 |   |  |  |

|                                      | <u>Eingeleitete Maßnahme</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>   | <u>Stand der Umsetzung</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>                | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u><br>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau   |
|--------------------------------------|--|--|---|
| <b>MJKE - Ministerium</b>            |  |  |   |
| <b>2015</b>                          |  |  |   |
| <b>MJKE - nachgeordneter Bereich</b> |  |  |   |
| <b>2015</b>                          | <b>Archäologisches Landesamt SH:</b><br>Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte) | Laufender Prozess, sollte voraussichtlich bis Ende November 2015 für das laufende Jahr abgeschlossen sein;<br><br>Verlängert bis voraussichtlich Ende 2016 | Mit der Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Denkmale (Denkmalschutzgesetz) vom 30. Dezember 2014 hat das Land Schleswig-Holstein den Aufgabenbereich des Archäologischen Landesamtes neu geregelt.<br><br>Vor dem Hintergrund des derzeitigen Personalbestandes ist die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben allerdings nur eingeschränkt möglich. Im Rahmen einer kontinuierlichen Aufgabenkritik sollen Wege gefunden werden, um die gesetzlichen Aufgaben vollumfänglich erfüllen zu können. |
|                                      | <b>Landesamt für Denkmalpflege SH:</b><br>Projekt „Revision und Schnellerfassung der Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein“   | ursprünglich bis Dez. 2015; verlängert bis Dez. 2016   | 7x befristete Einstellungen für die Dauer des Projekts => Aushilfstitel 42701   |

|                                     | <u>Eingeleitete Maßnahme</u><br>• Bezeichnung<br>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung | <u>Stand der Umsetzung</u><br>• abgeschlossen<br>• läuft bis<br>• verlängert bis | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u><br>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau  |
|-------------------------------------|---|--|--|
| <b>MSB - Ministerium</b>            |   |  |  |
| <b>2015</b>                         | Zusammenlegung von zwei Abteilungen   | 01.10.2015   | Einsparung einer B 5 Stelle  |
| <b>MSB - nachgeordneter Bereich</b> |   |  |  |
| <b>2015</b>                         | Einsparung von 10 Stellen im IQSH-Pool zum 01.08.2015                               | Abgeschlossen  | Die Realisierung der Stelleneinsparungen im Pool und die entsprechend vorzunehmenden Aufgabenkürzungen sind im Zuge der IQSH-Poolplanung vorgenommen worden. |
|                                     | Einsparung von einer Stelle in der Verwaltung                                       | Abgeschlossen  | Aufgabenumverteilung innerhalb der Abteilung; Einschränkung der Fortbildungsorganisation   |

|                                     | <u>Eingeleitete Maßnahme</u><br>• Bezeichnung<br>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung   | <u>Stand der Umsetzung</u><br>• abgeschlossen<br>• läuft bis<br>• verlängert bis              | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u><br><br>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau  |
|-------------------------------------|---|---|--|
| <b>MIB - Ministerium</b>            |   |   |  |
| <b>2015</b>                         | Überprüfung freiwerdender Arbeitsplätze, ob Nachbesetzungen erforderlich sind<br><br>Ziel: Einsparung von Stellen/Personal  | Ständiger Prozess   | Stelleneinsparungen mit dem Haushalt 2015: 6<br>Stelleneinsparungen mit dem Haushalt 2016: 6<br>Stelleneinsparungen im HHE 2017: 7.  |
| <b>MIB - nachgeordneter Bereich</b> |   |   |  |
| <b>2015</b>                         | Konzept des Innenministeriums "Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene"<br>Das Landesvermessungsamt und die acht Katasterämter sind per Gesetz zum 01.01.2011 zu dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation zusammengefasst worden.<br>Ziel: Zukunftsfähige Ausrichtung der Vermessungs- und Katasterverwaltung sowie Einsparungen im Bereich der Sach- und Personalkosten | Letzte Zusammenlegung von Standorten (Bad Segeberg und Elmshorn) wird im Jahre 2017 erfolgen. | Der geforderte Stellenabbau nach dem Konzept „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ für 2017 (423 VZÄ) ist in 8/2015 schon erreicht worden (Stand 01.08.2015 = 421 VZÄ).<br>Die im Reorganisationskonzept vereinbarte Zielgröße (416 VZÄ) wird erreicht werden. |

| <b>MIB - Polizei</b> |  |            |  |
|----------------------|--|------------|--|
| <b>2015/2016</b>     | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft NMS und PSt Landesunterkunft, Zweigstelle Boostedt            | 01.02.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert.<br>*) Für alle übrigen Organisationsmaßnahmen im Polizeibereich, die nicht als zusätzliche Aufgabe mit zusätzlichem Personalbedarf ausgewiesen sind, gilt die nachfolgende Aussage:<br><br>Die aufgelisteten Organisationsänderungen führten nicht zu einem Personal- oder Stellenabbau in der Polizei. Erwirtschaftete Synergien wurden genutzt, um bisher defizitär wahrgenommene operative Aufgaben in der Fläche im Bereich „Einsatz“ und „Ermittlungen“ zu stärken. |
|                      | Umbenennung PZSt Preetz zur PSt Preetz   | 01.01.2015 | *)   |
|                      | Neuordnung der Abteilung 1 LKA; Gliederung in drei Dezernate   | 01.02.2015 | *)   |
|                      | Neuordnung des Dezernates 23 LKA - Cybercrime; Gliederung in drei Sachgebiete                        | 01.03.2016 | *)   |
|                      | Umbenennung PZSt Schwentimental zur PSt Schwentimental   | 01.04.2015 | *)   |
|                      | Umbenennung PZSt Schönberg zur PSt Schönberg   | 01.04.2015 | *)   |
|                      | Umbenennung PZSt Lütjenburg zur PSt Lütjenburg   | 01.04.2015 | *)   |
|                      | Auflösung PSt Ascheberg, Aufgaben an PR Plön   | 01.01.2015 | *)   |
|                      | Auflösung Ermittlungsdienst Plön   | 01.01.2015 | *)   |
|                      | Auflösung PSt Hohwacht   | 01.01.2015 | *)   |
|                      | Einrichtung einer Stabs- und Koordinierungsstelle in der Abteilung 2 LKA - Ermittlung und Auswertung | 05.08.2016 | *)   |

|  |   |  |    |
|--|---|--|----|
|  | Gliederung des Kampfmiträumdienstes LKA in ein Dezernat mit zwei Sachgebieten   | 01.10.2016   | *) |
|  | Auflösung PSt Laboe   | 01.10.2015   | *) |
|  | Auflösung PSt Probsteyerhagen   | 01.04.2015   | *) |
|  | Auflösung PSt Kirchbarkau   | 01.01.2015   | *) |
|  | Auflösung PSt Selent  | 01.04.2015   | *) |
|  | Änderungen im Bereich LKA StV, Abt. 1 und Abt. 4  | 01.04.2015   | *) |
|  | Umbenennung PZSt Eutin in PR  | 01.02.2015   | *) |
|  | Umbenennung PZSt Neustadt in PR   | 01.02.2015   | *) |
|  | Umbenennung PZSt in PR Heiligenhafen, Nachordnung der PZSt Fehmarn und Oldenburg als PSt  | 01.02.2015   | *) |
|  | Auflösung der PSt Groß Vollstedt  | 31.10.2015   | *) |
|  | PD AFB, Fachbereich II: Gliederung in zwei Fachgruppen "Organisations- und Personalentwicklung" mit dem Fachgebiet „Führungsmanagement“ und "Verhaltensmanagement" mit dem Fachgebiet Interkulturelle Kompetenz | 19.02.2015   | *) |
|  | Zentralisierung DHStaffel in Hennstedt Ulzburg, organisatorische Zuordnung zum Stabsbereich 1   | 01.05.2015   | *) |
|  | Einrichtung zweier Dienstgruppen PSt Bad Bramstedt, Poolbildung; Einrichtung eines Bezirks-u. Ermittlungsdienstes   | 09.06.2015   | *) |
|  | Einrichtung PSt Garbek;<br>Schließung PSt Wensin, Geschendorf und Seedorf (2017)  | Entscheidung gefallen, Umsetzungszeitpunkt abhängig von Liegenschaft; noch offen | *) |

|  |   |            |   |
|--|---|------------|---|
|  | Einrichtung zweier Dienstgruppen beim PR Wedel  | 01.08.2015 | *)  |
|  | Einrichtung eines gemeinsamen Ermittlungsdienstes (GED) bei den KPSt Eutin, Neustadt, Bad Schwartau   | 01.08.2015 | *)  |
|  | Kripo IZ; Fusion BKI IZ und KPSt IZ; Einrichtung eines neuen K 9 - Cybercrime   | 01.08.2015 | *)  |
|  | Auflösung der KPAS. Brunsbüttel   | 01.10.2015 | *)  |
|  | Einrichtung eines gemeinsamen Ermittlungsdienstes am Standort Heide   | 01.10.2015 | *)  |
|  | Einrichtung eines dritten Sachgebietes bei der KPSt. Heide  | 01.10.2015 | *)  |
|  | Einrichtung einer Stabs- und Koordinierungsstelle in der Abteilung 2 des LKA  | 05.08.2015 | *)  |
|  | LKA; Einrichtung eines Dezernates 33 "Kampfmittleräumdienst", Gliederung in zwei Sachgebiete  | 01.09.2015 | *)  |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Kiel-Ravensberg  | 01.09.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Seeth  | 06.08.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Eggebek  | 15.12.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Rendsburg  | 08.09.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Albersdorf   | 18.09.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Neue Organisationsstruktur Wasserschutzpolizei SH mit der Folge: Auflösung 3 WSP-Revier und 7 WSP-Stationen; Umsteuerung von Stellen in defizitäre Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung | 01.10.2015 | *)  |
|  | Einrichtung Bezirksdienste für Restaufgaben nach Einrichtung GED bei den Revieren Eutin, Neustadt, Bad Schwartau  | 01.10.2015 | *)  |

|  |   |            |   |
|--|---|------------|---|
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft HL-Volkfestplatz   | 12.10.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Putlos   | 12.10.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Itzehoe  | 16.10.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Kellinghusen   | 16.10.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Glückstadt   | 16.10.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Angliederung der Bibliothek an SB 21, IUK-Medienzentrum; Umzug nach Eutin; Verbleib Präsenzbibliothek in K'horn | 01.11.2015 | *)  |
|  | Zuordnung der PSt_LU Boostedt zur PD SE   | 01.11.2015 | *)  |
|  | Übernahme des Projektes PIAV in die Alltagsorganisation als Dez. 14 LKA; Auflösung des Dez. 25 LPA              | 01.11.2015 | *)  |
|  | Einrichtung zweier Dienstgruppen beim PR Heiligenhafen  | 01.02.2016 | *)  |
|  | Umbenennung Polizei-Zentralstation Bad Oldesloe in Polizeirevier  | 01.01.2016 | *)  |
|  | Umbenennung Polizei-Zentralstation Geesthacht in Polizeirevier  | 01.01.2016 | *)  |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Kiel Wik   | 15.12.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Lütjenburg   | 15.12.2015 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal erfordert. |
|  | Errichtung eines PR Bad Schwartau durch Fusion der PSZSt Bad Schwartau und Timmendorfer Strand                  | 01.02.2016 | *)  |
|  | Einrichtung eines K 9 - Cybercrime bei der BKI FL   | 01.03.2016 | *)  |

|  |   |            |   |
|--|---|------------|---|
|  | Einrichtung von Fachgruppen in der 1. EHU   | 01.07.2016 | *)  |
|  | Einrichtung eines K 7 - Cybercrime bei der BKI HL   | 01.02.2016 | *)  |
|  | Einrichtung eines K 7 - Cybercrime bei der BKI KI   | 01.02.2016 | *)  |
|  | Auflösung der Polizeistation Tornesch;<br>Übertragung Aufgaben und Personal an die<br>Polizeistation Uetersen                           | 01.04.2016 | *)  |
|  | Errichtung eines PR Ahrensburg durch Fusion der<br>PSZSt Ahrensburg und Bargteheide   | 01.08.2016 | *)  |
|  | Einrichtung eines PR Schwarzenbek durch Fusion<br>der PZSt Schwarzenbek und Lauenburg   | 01.04.2016 | *)  |
|  | Auflösung der Polizeistation Schwarzenbek-Land<br>unter Verlagerung der Aufgaben zum PR<br>Schwarzenbek                                 | 01.04.2016 | *)  |
|  | Neustrukturierung LKA 21 - Organisierte<br>Kriminalität, Rauschgiftkriminalität; Gliederung in<br>5 Sachgebiete; Verstetigung EG Rocker | 01.06.2016 | *)  |
|  | Neustruktur der Abteilung 5 LKA; Auflösung<br>Dezernat 50   | 01.08.2016 | *)  |
|  | Auflösung der Polizeistation Groß Grönau;<br>Übertragung des Aufgabenbereichs an die<br>Polizeistation Berkenhain                       | 01.08.2016 | *)  |
|  | Einrichtung von Sachgebieten "komplexe Ermitt-<br>lungsverfahren" als SG 5 bei den Kriminalinspek-<br>tionen SE, OD, NMS                | 01.04.2016 | *)  |
|  | Neuorganisation des Polizeibezirksreviers Kiel;<br>Straffung der internen Organisation, Integration<br>der PSt LUK'e                    | 01.07.2016 | *)  |
|  | Auflösung der Polizeistation Oststeinbek;<br>Übertragung Aufgaben und Personal an das PR<br>Reinbek/ PSt Glinde                         | 01.07.2016 | *)  |
|  | Einrichtung einer PSt Landesunterkunft Bad<br>Segeberg  | 01.08.2016 | Zusätzliche Aufgabe, die zusätzliches Personal<br>erfordert (Vereinbarung HH) |

|                                       | <u>Eingeleitete Maßnahme</u>   | <u>Stand der Umsetzung</u>   | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>  |
|---------------------------------------|--|--|--|
|                                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul> | mit Blick auf Personal-/Stellenabbau       |
| <b>MELUR - Ministerium</b>            |  |  |  |
| <b>2015</b>                           | Jährliche Personalplanungsgespräche<br>- Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes<br>- Erfüllung der Personaleinsparvorgaben<br>- Sicherstellung der Aufgabenerledigung | Jährlich fortlaufend   | Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt |
| <b>MELUR - nachgeordneter Bereich</b> |  |  |  |
| <b>2015</b>                           | Jährliche Personalplanungsgespräche<br>- Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes<br>- Erfüllung der Personaleinsparvorgaben<br>- Sicherstellung der Aufgabenerledigung | Jährlich fortlaufend   | Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt |

|  | <u>Eingeleitete Maßnahme</u>  | <u>Stand der Umsetzung</u>   | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>   |
|--|---|--|---|
| <b>FM - Ministerium</b>                    | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>   | mit Blick auf Personal-/Stellenabbau  |
| <b>2015</b>                                | Auflösung des Projektes DLZP infolge Übergang des FVA und des Projektes in die Zuständigkeit der StK  | Abgeschlossen zum 31.12.2015   | Einsparung von 0,26 VZÄ im FM infolge Übergang zur StK; im Gegenzug erhält StK ab 01.01.2016 Besetzungsrecht im Umfang von 0,4 Stellen gD im Stellenplan 0501                                       |
| <b>FM – zu- und nachgeordneter Bereich</b> |   |  |   |
| <b>2015</b>                                | <p>Organisationsuntersuchung in der Landeskasse Schleswig-Holstein – FM-LK – (zugeordnetes Amt des Finanzministeriums) durch KPMG</p> <p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleichmäßigere Verteilung der Arbeitsmengen</li> <li>- Bessere Abschätzung des Personalbedarfs</li> <li>- Untersuchung der Aufbauorganisation</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Untersuchung ist mit Vorlage des Abschlussberichts 2015 abgeschlossen</li> <li>- Maßnahmen unterliegen einem Umsetzungscontrolling</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umsetzung der Handlungsempfehlungen der KPMG ist eingeleitet</li> <li>- Maßnahmen unterstützen den festgelegten Stellenabbau in der Landeskasse</li> </ul> |
|  | <p>Personaleinsparkonzept 2011-2020 des Amtes für Informationstechnik (zugeordnetes Amt des Finanzministeriums)</p> <p>Personengenaue Planung anhand der natürlichen Fluktuation bis 2020, in welchen Jahren in welchem Umfang die Einsparvorgaben erbracht werden können</p>   | läuft bis 2020   | Planmäßiger Abbau einer A10-Stelle zum 01.01.2016   |

|  |   |   |   |
|--|---|---|---|
|  | <p>Projekte SPC und Organisation (Dataport-) Standort Kiel im Amt für Informationstechnik</p> <p>IT-Projekt: Abbau von Doppelstrukturen im IT-Bereich der Steuerverwaltung S-H gegenüber dem Landesstandard S-H</p>   | <p>Die Projekte wurden beendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Organisation Standort Kiel: zum 31.03.2015 (Personalübergang):</li> <li>- SPC: zum 31.03.2016, mit Weiterführung der aus dem Projekt verbliebenen Aufgaben in der Linienorganisation.</li> </ul>   | <p>Abbau von 16 Stellen in 2015 bzw. zum 01.01.2016 mit dem Personalübergang zu Dataport im Oktober 2014/ Ende der Rückkehrproption am 31.03.2015.</p> <p>Das Projekt SPC wurde im 1. Quartal 2016 beendet.</p> <p>Ein weiterer Personalabbau aus den beiden Projekten erfolgt nicht.</p>   |
|  | <p>Personalreduzierung in der Spielbankrevision (Maßnahme aus Modul 1 des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“)</p> <p>betroffene Behörden: Finanzämter Flensburg, Kiel-Nord, Lübeck, Nordfriesland, Pinneberg</p> <p>Zentralisierung der Zuständigkeit für Festsetzung und Erhebung der Spielbankabgabe sowie der Spielbankrevision beim FA Kiel-Nord unter gleichzeitiger Reduzierung des Umfangs der personellen Überwachung des „Großen Spiels“</p> <p>Ziel: Reduzierung des Personalbedarfs in der Spielbankrevision um ca. 20 Stellen zur Unterstützung der Erfüllung der Personaleinsparvorgaben für die Steuerverwaltung.</p> | <p>Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Reduzierung der Überwachungstätigkeit sind geschaffen mit Änderung des Spielbankgesetzes und der Dienstordnung für die Spielbankrevision vom Juni bzw. Juli 2014.</p> <p>Die organisatorischen Änderungen (Änderung der Zuständigkeitsverordnung, Versetzung der betroffenen Personen) sind mit Wirkung zum 1.1.2015 erfolgt.</p> | <p>Die Reduzierung des Personalbestands in der Spielbankrevision um insgesamt ca. 20 Stellen wird sukzessive entsprechend dem altersbedingten Ausscheiden derzeitiger Spielbankrevisoren erfolgen und voraussichtlich innerhalb von 5 Jahren abgeschlossen sein.</p> <p>Mit der Fortschreibung der Personalsoll-Zuweisung zum 01.07.2015 wurde die Zuweisung der Sollstellen entsprechend gekürzt.</p>  |
|  | <p>Einführung der Erhebungsstelle (Maßnahme aus Modul 1 des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“)</p> <p>betroffene Behörden: alle Finanzämter</p> <p>Einführung einer überwiegend ganzheitlichen Bearbeitung im Bereich der Steuererhebung durch Zusammenführung der Arbeitsbereiche Finanzkasse, Vollstreckungsstelle, Haftungsstelle und Stundungs- und Erlassstelle zur Erhebungsstelle</p>   | <p>Umstellung der Finanzämter abgeschlossen im Frühjahr 2014</p>  | <p>Reduzierung des Personalbedarfs um insgesamt rund 38 Vollzeitäquivalente. Die daraus resultierenden Stellenreduzierungen bei den einzelnen Finanzämtern werden sukzessive jeweils ca. zwei Jahre nach Abschluss der jeweiligen Einführung der Erhebungsstelle vorgenommen und zur Erbringung der Stelleneinsparvorgaben für die Steuerverwaltung genutzt.</p> <p>Mit der Fortschreibung der Personalsoll-Zuweisung zum 01.01.2016 wurden bei den letzten 3 FÄ die entsprechenden Stellenreduzierungen vorgenommen.</p> |

|             | <u>Eingeleitete Maßnahme</u>   | <u>Stand der Umsetzung</u>  | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>   |
|-------------|--|---|---|
|             | <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bezeichnung</b></li> <li>• <b>Kurzbeschreibung und Zielsetzung</b></li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>abgeschlossen</b></li> <li>• <b>läuft bis</b></li> <li>• <b>verlängert bis</b></li> </ul> | <b>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</b> |
|             | <b>MWAVT - Ministerium</b>   |   |   |
|             | <b>MWAVT - Ministerium</b>   |   |   |
| <b>2015</b> | Auflösung eines Referates durch Aufgabenverteilung auf zwei Referate   | abgeschlossen   | Personaleinsparung                          |
|             | Einrichtung eines neuen Referates VII 42 „Verkehrsbauliche Großprojekte, Förderung kommunaler Straßenbau“ zur Aufgabenentlastung des Referates 41 „Straßenbau“ und Einrichtung zwei neuer Arbeitsplätze (Besetzung durch Abordnung vom LBV-SH) | abgeschlossen   | Personalzuwachs                             |
|             | Einrichtung eines Arbeitsplatzes durch Aufgabenübertragung (Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR)) des MSB ans MWAVT   | abgeschlossen   | Personalzuwachs                             |
|             | Auflösung eines Arbeitsplatzes durch Zusammenführung von zwei Arbeitsplätzen   | abgeschlossen   | Personaleinsparung                          |
|             | Einrichtung von zwei neuen Arbeitsplätzen zum ASMIK-Vorsitz  | abgeschlossen   | Personalzuwachs                             |
|             | Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes aufgrund der Flüchtlingsproblematik   | abgeschlossen   | Personalzuwachs                             |
|             | Einrichtung von zwei neuen Arbeitsplätze für den Bereich Technologie   | abgeschlossen   | Personalzuwachs                             |
|             | Generell: Kontinuierliche Bewertung des Aufgaben- und Personalbestands   | jährlich fortlaufend  | Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt. |

|                                       |   |  |  |
|---------------------------------------|---|--|--|
|                                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erfüllung der Personaleinsparungen</li> <li>- Sicherstellung der Aufgabenerledigung</li> </ul>   |  |  |
| <b>MWAVT - nachgeordneter Bereich</b> |   |  |  |
| <b>2015</b>                           | <p>Die Arbeiten in den Arbeitsgruppen zur „Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung“ werden in 2015 weiter fortgesetzt, soweit sie noch nicht abgeschlossen sind.</p> | <p>Der Geschäftsbereich Service ist neu aufgestellt worden. Derzeit wird geprüft, ob durch eine Absenkung von Standards (insbesondere im Winterdienst) Kostenvorteile erschlossen werden können.</p>   | <p>Durch die „Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung“ werden die Voraussetzungen geschaffen, um den von der Landesregierung beschlossenen Stellenabbaupfad umsetzen zu können.</p> |
|                                       | <p>Das Projekt e-Vergabe wurde gestartet.</p>   | <p>Das europäische Vergaberecht ist durch den Beschluss und die Veröffentlichung von neuen Richtlinien modernisiert worden. Eine Richtlinie sieht die vollständige elektronische Durchführung von Vergabeverfahren vor (e-Vergabe). Künftig müssen sämtliche Verfahrensschritte von Auftraggeber und Bieter elektronisch vorgenommen werden können. Die e-Vergabe verfolgt das Ziel, eine erhebliche Vereinfachung der Vergabe unter gleichzeitiger Steigerung von Effizienz und Transparenz zu gewährleisten.</p> | <p>Im Zuge der Einführung der e-Vergabe soll geprüft werden, ob durch eine Verschlankung von Abläufen Effizienzvorteile erschlossen werden können.</p>   |

|                                       | <u>Eingeleitete Maßnahme</u><br>• Bezeichnung<br>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung  | <u>Stand der Umsetzung</u><br>• abgeschlossen<br>• läuft bis<br>• verlängert bis | <u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u><br>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau |
|---------------------------------------|--|--|---|
| <b>MSGWG - Ministerium</b>            |  |  |   |
| <b>2015</b>                           | Auflösung Referat 31   | abgeschlossen  | Personaleinsparung  |
|                                       | Auflösung Referat 45   | abgeschlossen  | Personaleinsparung  |
|                                       | Auflösung Leitstelle Prävention  | abgeschlossen  | Personaleinsparung  |
|                                       | Einleitung einer Organisationsuntersuchung mit externer Unterstützung durch KPMG   | abgeschlossen  | Personaleinsparung  |
| <b>MSGWG - nachgeordneter Bereich</b> |  |  |   |
| <b>2015</b>                           | Ab 01.09.2015 Start der neuen Struktur des LAsD (Linienorganisation mit 4 Abteilungen). Die bisherigen Außenstellen werden aufgelöst. Die Außenstellen werden in Dienstsitze mit Dezernaten umgewandelt. | abgeschlossen  | Personaleinsparungen durch die neue Struktur und Straffung der Arbeitsabläufe     |